

## 5. Mobilisierung der Opposition, Menschenrechtsdialog und Verlust der Kontrolle

Die meistens in Widerspruch zur sowjetischen Verfassung erfolgte Inanspruchnahme der Organisations- und Vereinigungs-, Meinungs- und Presse- oder Reisefreiheit und des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch breite Teile der sowjetischen Gesellschaft konfrontierte die Parteiführung mit einer Reihe neuer, unvorhergesehener und im Rahmen des Systems nicht lösbarer Probleme. Hinzu kam, dass jeder dieser Teilbereiche eine immer weiter ausgreifende Eigendynamik entwickelte, die die westlich-liberalen Weltbilder mit sich transportierte, die kommunikativen Prozesse im Land nachhaltig veränderte und sich dabei der staatlichen Kontrolle entzog. So wurde das Thema Menschenrechte bereits 1988 immer häufiger öffentlich diskutiert und führte zum Auftreten neuer Akteure, zu einem Wachsen der Proteststimmung und zur weiteren Artikulation von Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Der Prozess der Erstarkung der gesellschaftlichen Opposition einerseits und die Verdrängung des Parteistaates und seiner Deutungsmacht aus der „offiziell-öffentlichen“ Sphäre, die Demontage des in Jahrzehnten aufgebauten propagandistischen Selbstbildnisses des sowjetischen Sozialismus sowie der Widerstand der parteiinternen konservativen Kräfte andererseits werden im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen. Es wird hier gezeigt, dass sowohl die restriktive Politik als auch die Versuche des Staates, durch Zugeständnisse bzw. durch das Einlassen auf den Menschenrechtsdiskurs, u. a. mittels der ins Leben gerufenen Burlackij-Kommission, die Kontrolle im Staat wiederzugewinnen, das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkten, und vielmehr eine Erstarkung der Opposition, ein wachsender Demokratisierungsdruck und ein Wertewandel in der Gesellschaft stattfand. Für die Neubewertung des KSZE-Prozesses durch die Gorbačev-Führung waren diese Entwicklungen ausschlaggebend.

### 5.1 Erstarkung der Gegengesellschaft und Verdrängung der staatlichen Deutungsmacht im Sommer 1988

Das Jahr 1988 war in jeder Hinsicht ein Wendepunkt in der Perestroika: das Wachsen der informellen Szene; die oben geschilderten Tabubrüche im Samizdat und in der offiziellen Presse, welche die Entmythisierung der sowjetischen Geschichte und die Formierung eines neuen politischen Bewusstseins in der sowjetischen Bevölkerung förderten; die Emigration aus der UdSSR; die sich verschärfenden Nationalitätenkonflikte und Souveränitätsforderungen mancher Unionsrepubliken – nur um einige einschneidende Vorgänge zu nennen – markierten den Aufbruch der Sowjetunion in den politischen Meinungspluralismus. Nichts versinnbildlichte aber diesen Wandel und den Machtverlust des Parteistaates mehr als die Straßenbilder in den Großstädten der Sowjetunion ab Frühjahr 1988. Beschränkte sich bis dahin die Mehrzahl der informellen und der der KPdSU noch loyal gegenüberstehenden Gruppen auf Diskussionen in relativ ge-

schlossenen Räumen, so war ab Mitte 1988 eine Verlagerung ihrer Aktivitäten auf die Straßen und Hauptplätze – ein buchstäbliches Hinaustragen von Diskussionen und politischen Forderungen in die Öffentlichkeit – sowie das schrittweise Verdrängen der Partei und ihrer Deutungsmacht aus der „offiziell-öffentlichen“ Sphäre zu beobachten. Kundgebungen und Demonstrationen entwickelten sich in der Sowjetunion Mitte 1988 zu einer der häufigsten und nicht selten effektivsten „Ausdrucksform politischer Positionen“<sup>565</sup>, obwohl die sowjetische Rechtsordnung auch für die Ausübung der Versammlungsfreiheit kaum Verfahrensregeln vorsah.<sup>566</sup> Sie symbolisierten nicht nur den Wandel der Machtverhältnisse, sondern auch und vor allem das Infragestellen der bestehenden Ordnung und die sich abzeichnende Legitimationskrise der KPdSU.

Während in den nichtslawischen und vom nationalen Selbstbewusstsein stark geprägten Teilrepubliken (Armenien, Baltikum) Demonstrationen bereits 1987 eine ernsthafte Herausforderung für die lokalen Machtstrukturen darstellten, hielten sich Versammlungen in Russland zur gleichen Zeit noch in Grenzen. Lediglich die geschilderten Proteste der Ausreisewilligen fanden fast täglich öffentlich statt. Die bereits erwähnte erste große und nicht sanktionierte Massendemonstration in Moskau, die durch den anschließenden Empfang bei dem damaligen Moskauer Parteichef, Boris El'cin, hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gewann, organisierte die nationalpatriotische Gesellschaft „Gedenken“ am 6. Mai 1987.<sup>567</sup> Ab Sommer 1987 stieg dann die Zahl spontaner Demonstrationen vor allem in der Hauptstadt sprunghaft an. Die Krimtataren hielten den ganzen Sommer über Massenversammlungen für die Rückkehr in ihre Heimat Krim auf dem Roten Platz in Moskau und in ihren Wohnorten ab.<sup>568</sup> Die Vertreter der Friedensbewegung demonstrierten, alleine oder zusammen mit dem Seminar „Demokratie und Humanismus“ sowie mit der „Freien Interprofessionellen Vereinigung von Werktätigen“, für die Unumkehrbarkeit der Perestroika, für die Wahrung der Menschenrechte, für Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Gruppen und Garantien der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.<sup>569</sup> Das Moskauer Stadtbild wurde zunehmend durch das Seminar „Demokratie und Humanismus“ von Valerija Novodvorskaja bestimmt, das in regelmäßigen Abständen seit Juni 1987 provokante, auf eine Konfrontation mit den Machtorganen hinauslaufende Kundgebungen organisierte und zahlreiche Flugblätter mit offen antisowjetischem Inhalt

<sup>565</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 35.

<sup>566</sup> Nach Art. 50 der Unionsverfassung wurde den Sowjetbürgern „die Versammlungsfreiheit, die Kundgebungsfreiheit, die Freiheit zur Durchführung von Straßenumzügen und die Demonstrationsfreiheit garantiert“, dies jedoch „in Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung“. Darüber hinaus stand das Recht den anerkannten Organisationen und nicht den Einzelgruppen bzw. den Einzelbürgern zu. Vgl. Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0042\\_ver&object=translation&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0042_ver&object=translation&st=&l=de).

<sup>567</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 9-31.

<sup>568</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 13-22, 14-4, 15/16-4, 17/18-3.

<sup>569</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 9-32, 11/12-15, 13-21.

verteilte. Fast immer trugen dessen Mitglieder Transparente mit der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen, der Streichung der berüchtigten Artikel des Strafgesetzbuches und der Auflösung des KGB mit sich.<sup>570</sup> Auch die Auftritte der national-patriotischen „Gedenken“-Bewegung nahmen vor allem in Leningrad zu. Sie wurden teilweise mit Genehmigung der Behörden organisiert und zogen große Menschenmengen an.<sup>571</sup> Es häuften sich auch die Proteste der Umweltschutzbewegung und der einfachen Sowjetbürger gegen die Umweltverschmutzung sowie gegen den Raubbau an der Natur.<sup>572</sup>

Das Moskauer Stadtparteikomitee registrierte zum Ende des Jahres 1987 insgesamt 180 nicht sanktionierte Meetings mit 15 000 Teilnehmern. Im Jahr 1988 stieg die Zahl der unerlaubten Demonstrationen auf 644 mit bereits 50 000 Teilnehmern allein in Moskau.<sup>573</sup> Unionsweit wurden 2600 Kundgebungen mit 16 Millionen Teilnehmern gezählt,<sup>574</sup> wobei mit der steigenden Zahl der öffentlichen Versammlungen und mit den restriktiven staatlichen Reaktionen darauf noch deutlicher ihr Protestcharakter hervortrat, und die gesellschaftliche Organisation politischer Proteste bzw. Forderungen zunahm.

„Das Datum 28. Mai, bereits bekannt durch den Namen von Mathias Rust, wird als ein Fest des Bacchanals der Demokratie in die Geschichte eingehen“, schrieb das unabhängige Informationsblatt *Chronograf* über die erste große Kundgebung einer Vielzahl informeller Gruppen am 28. Mai 1988 in Moskau.<sup>575</sup>

<sup>570</sup> Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 125 ff.; *Vesti iz SSSR*: 11/12-15, 19/20-42.

<sup>571</sup> In Leningrad sollen z. B. am 14. 7. 1988 an solch einem genehmigten Meeting ca. 700 Menschen teilgenommen haben. Nachdem anschließend einige informelle Vereinigungen der Stadt eine Gegendemonstration abzuhalten versuchten, wurden sie von der Polizei gestört. *Vesti iz SSSR* 1988: 13-22, 15-6; *Vesti iz SSSR* 1989: 7/8-42.

<sup>572</sup> Das Besondere am Widerstand der Umweltschutzbewegung war eine oft anzutreffende Allianz mit den örtlichen Organen von Partei und Staat in ihrer Frontstellung gegen die Ministerien im Zentrum. So wurde im Februar 1988 ein erster Massenprotest mit annähernd 20 000 Teilnehmern in Nižnij-Tagil, einer Industriestadt im Ural, wo die Luftverschmutzung durch die dortige Schwerindustrie katastrophale Ausmaße angenommen hatte, von der örtlichen Presse und vom Komsomol unterstützt. Dass sich Proteste gegen die Umweltzerstörung in erster Linie gegen die Verantwortlichen im Parteiapparat und das System richteten, versteht sich von selbst. Die Ironie mancher, von den örtlichen Parteibehörden organisierten Massenproteste bestand nun darin, dass sie nicht selten in die Untergrabung der eigenen Legitimität mündeten. So war es auch bei einer Protestversammlung in Nižnij-Tagil, als einer der Sprecher das sowjetische Wahlsystem als eine „Wahl ohne Wahl“ kritisierte, die im Endergebnis die Wahl von Deputierten zulasse, die für die heutige ökologische Situation die Verantwortung tragen würden. Vgl. Redlich, Svoimi, S. 38 ff.; Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 56-64.

<sup>573</sup> Novye javlenija v ideologičeskoj obstanovke v Moskve, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 1, l. 1-11.

<sup>574</sup> So der Bericht des Stellvertretenden Ministers des sowjetischen Innenministeriums I. Šilov, in: SGiP, Nr. 5, 1990, S. 29.

<sup>575</sup> *Chronograf*, Nr. 7, 1988. Mathias Rust war ein deutscher Privatpilot, der als 18-Jähriger am 29. 5. 1987 mit einem Flugzeug auf einer Brücke unweit des Roten Platzes in Moskau landete. Er erklärte, diesen Flug für den Weltfrieden und für die Verständigung zwischen den Völkern unternommen zu haben. Obwohl er während seines Überflugs frühzeitig von der sowjetischen Luftabwehr erfasst worden war, blieb eine unmittelbare Abwehrreaktion aus. Gorbachev nahm diesen Vorfall zum Anlass, die Verantwortlichen zu entlassen bzw. das Ver-



Eine der zahlreichen Protestversammlungen auf dem Puškin-Platz, 1989, mit folgenden Forderungen auf den Transparenten: „Freiheit des Wortes, der Versammlung und der Presse!“, „Freiheit der Ausreise aus politischen Motiven!“, „Schluss mit den Repressalien gegen die Verbreiter des Samizdats!“.

(Quelle: ITARTASS, ID 47120)

An dem Tag wurden Unterschriften zur Unterstützung reformorientierter und nicht zu Delegierten der XIX. Parteikonferenz gewählter Kandidaten (Jurij Afanas'ev, Jurij Karjakin, Vitalij Korotič) gesammelt. Es war die erste große Versammlung, an der verschiedene informelle Gruppen und zufällige Passanten teilnahmen und spontane Reden hielten. Sie wurde von vielen ausländischen Korrespondenten gefilmt und von der Miliz nicht behindert. Mit dieser Manifestation wurde die neue Welle von Massenversammlungen auf dem Puškin-Platz in Gang gesetzt.<sup>576</sup> Dort, wo seit den 1960er Jahren die Dissidenten gegen die Willkür sowjetischer Justiz protestiert hatten, fand sich zwischen Mai und Juni 1988 jeden Samstag die politisch interessierte Bevölkerung zusammen,<sup>577</sup> um soziale und politische Probleme, die 10 Thesen der XIX. Parteikonferenz, die Verbrechen des Stalinismus, die Problematik politischer Gefangener, der Versammlungsfreiheit, der Menschenrechte usw. zu diskutieren. Hier wurden Reden gehalten, Flugblätter mit politischen Forderungen verteilt, ein breites Spektrum an Ideen dargelegt, über die sowjetische Vergangenheit und über den weiteren Reformweg polemi-

teidigungsministerium umzustrukturieren. Der Verteidigungsminister Marschall Sokolov wurde durch den Marschall Dmitrij Jazov abgelöst; außerdem wurden 300 ranghohe Militärs entlassen. Vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 139–143; Dalos, Gorbatschow, S. 132–136.

<sup>576</sup> Eine sehr einprägsame autobiografische Beschreibung der Atmosphäre dieser Versammlungen findet sich bei Fadeev, *Očerk*, Teil 1, S. 34–41.

<sup>577</sup> Die Versammlungen und Diskussionen auf dem Puškin-Platz wurden noch zwei weitere Jahre fortgesetzt. Die informelle Presse wurde dort verbreitet, getauscht und verkauft.

*Ein Demonstrant auf dem Puškin-Platz, der die gerichtliche Verurteilung der „Henker aus dem KGB“ fordert.*  
(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)



siert. Valerij Fadeev, Mitglied der „Perestroika-88“ und einer der vielen Sprecher der Versammlungen auf dem Puškin-Platz, welcher in Anspielung an die Londoner öffentliche Grünanlage im Volksmund als der Moskauer „Hyde-Park“ bzw. das „Straßenparlament“ bezeichnet wurde, schrieb dazu: „Seitdem zog der Platz [...] auf eine mystische Art und Weise die allgemeine Aufmerksamkeit und wie ein Magnet [...] die Menschenmassen an. [...] Es war, als ob irgendein Teufel die sowjetische Bevölkerung vor der Parteikonferenz bezwungen hätte.“<sup>578</sup> In der Tat stieg nicht nur die Zahl der Demonstrationen unionsweit, sondern auch die Masse der Menschen, die daran teilnahmen und auf den zentralen Plätzen der Großstädte trotz aller Verbote der örtlichen Behörden Losungen wie „Freiheit allen politischen Gefangenen!“, „Ligačev – Stalinist“, „Wir fordern ein Mehrparteiensystem!“ oder „Weg mit KGB!“ skandierten.

Die ersten Reaktionen des Machtapparates auf die Demonstrationen waren, wie es schon in den anderen Zusammenhängen festgestellt wurde, stark unterschiedlich: Während etwa El'cin auf die Forderungen der „Gedenken“-Gruppe einging und die Demonstrierenden empfing, wurde gegen die Einzelpersonen, die kleineren Gruppen („Vertrauen“, „Freie Emigration für alle“) und vor allem gegen die Vereinigung um Novodvorskaja in der Regel repressiv vorgegangen. Diejenigen Versammlungen, welche die Unterstützung Gorbatschovs und seines Reform-

<sup>578</sup> Fadeev, Očerki, Teil 1, S. 40.

kurses bekundeten und das Bild des Generalsekretärs mit sich führten, das die Sicherheitsleute niederzureißen nicht wagten, konnten mit der Zurückhaltung der Polizei rechnen. Als Konsequenz wurde Gorbačëvs Porträt oft zynisch als ein „Verteidigungsinstrument“ der Demonstrierenden mitgeführt. Insgesamt war der Katalog der staatlichen Gegenmaßnahmen sehr begrenzt und nicht mit den Reaktionen von früher zu vergleichen. Paradigmatisch für das Neue stand das Verhältnis zwischen den Behörden und den Teilnehmern des Seminars „Demokratie und Humanismus“ (ab Mai 1988 „Demokratische Union“). Wie sich Novodvorskaja erinnert, wurden sie und die anderen Mitglieder der Gruppe stets durch die unverhältnismäßig große Zahl von Sicherheitsleuten beschattet, „präventiv“ festgenommen und für mehrere Stunden festgehalten. Für die Verteilung der Flugblätter mit dem Inhalt „40 Jahre Terror + 30 Jahre Stagnation = 70 Jahre sowjetische Herrschaft“ am 7. November 1987 in einer Metrostation wurde Novodvorskaja für drei Stunden auf der Polizeistation festgehalten und des „geringfügigen Rowdiums“ wegen der „Verbreitung des Mülls“ beschuldigt. Was ein paar Jahre zuvor mit hoher Wahrscheinlichkeit noch eine Verurteilung nach Artikel 70 des StGB mit mehreren Jahren Lagerhaft nach sich gezogen hätte, beschränkte sich 1987 auf das Abschalten der Telefonleitungen für ein halbes Jahr.<sup>579</sup> Ende Sommer 1988 ging der Machtapparat gegen solche Gruppen wie das Seminar zwar härter vor, dies erwies sich jedoch als kontraproduktiv. Dadurch, dass der Staat einen unverhältnismäßig großen Aufwand im Vergleich zu der geringen Zahl von Protestierenden betrieb, lenkte er erst recht die Aufmerksamkeit nicht nur der sowjetischen, sondern auch der internationalen Öffentlichkeit auf sich und mobilisierte neue Teile der Bevölkerung. Auch folgende administrative Methoden brachten nicht das erwünschte Resultat. Gemäß der Formel „Verboten ist alles, was nicht erlaubt ist“, fasste der Moskauer Stadtsowjet im August 1987 den umstrittenen „vorläufigen“ Beschluss über die Veranstaltung von „Kundgebungen, Umzügen, Demonstrationen und anderen Massenveranstaltungen“, der die Demonstrationen und Kundgebungen auf den zentralen Plätzen und Straßen der Stadt verbot und für solche Veranstaltungen ein Genehmigungsverfahren mit einer 10-tägigen Antragsfrist vorsah.<sup>580</sup> Da die örtlichen Sowjets keine gesetzliche Ermächtigung für solche Normsetzungen besaßen, handelte es sich hierbei um einen offenkundigen Eingriff in die Grundrechte<sup>581</sup> und löste erst recht gesellschaftliche Proteste aus. Informelle Gruppen richteten an die sowjetische Öffentlichkeit und an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Andrej Gromyko, entsprechende Petitionen, in denen sie die Abschaffung der verfassungs-

<sup>579</sup> Novodvorskaja, *Po tu storonu*, S. 127ff.; hierfür wie für das Folgende vgl. auch *Vesti iz SSSR* 1987: 19/20-42, 19/20-43, 21-33, 21-34, 22-14, 22-20; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 37; sehr lesenswert sind journalistische Berichte in *Chronograf*, Nr. 7-10, 1988.

<sup>580</sup> Ähnliche Verfahrensregelungen wurden auf Initiative der Staatsführung auch in den anderen Großstädten (Sverdlovsk, Leningrad, Irkutsk, Riga) verabschiedet. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 36; *Vesti iz SSSR* 1987: 15/16-20.

<sup>581</sup> Luchterhandt, Otto: *Die Sowjetunion auf dem Wege zum Rechtsstaat*, Forschungsinstitut der KAS, Juli 1990, S. 13.

widrigen Regeln und die Garantie der Versammlungsfreiheit als Ausdruck ihrer Grund- und Freiheitsrechte einforderten.<sup>582</sup> Der gesellschaftliche Widerstand kam auch im Schulterschluss einer Vielzahl informeller Gruppen zum Ausdruck, die trotz ihrer ideologischen Differenzen und staatlicher Verbote bereits seit Ende 1987 gemeinsam eine Vielzahl unsanktionierter Meetings organisierten.

Bestimmten im Jahr 1987 noch die Demonstrationen von Bürgerrechts-, Friedensgruppen und Emigrationswilligen das Moskauer Stadtbild, so nahmen im folgenden Jahr die Kundgebungen anderer informeller Gruppen, auch sozialistischen Profils, zu, welche die politischen Entscheidungen des Machtapparates nicht selten mit ihren Aktionen beeinflussten. So protestierten „Bürgerliche Würde“, „Perestroika-88“ und „Demokratische Perestroika“ im Februar 1988 wirksam gegen das unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitete Gesetzesprojekt der Regierung, das das Statut und die Tätigkeit der informellen Initiativen regeln sollte und in seiner damaligen Form deren neu gewonnene Spielräume stark einschränkte. Kurz vor der geplanten Veröffentlichung des Dekrets wurde seine Rücknahme mit öffentlichen Protesten durchgesetzt.<sup>583</sup> Auch die Kundgebungen vom September 1988 gegen den Versuch zentraler Staatsorgane, die Auflagen der liberalen Presse aus Gründen des Papiermangels zu begrenzen, waren erfolgreich. Einige Einzelpersonen (Valerij Fadeev, Igor' Čubajs) und die Gruppe „Bürgerliche Würde“ um Viktor Zolotarev starteten im gleichen Jahr eine Unterschriftenkampagne zur Umbenennung der öffentlichen Plätze Moskaus, die sich vor dem Hintergrund der fortschreitenden Entmythisierung sowjetischer Geschichte und ihrer revolutionären „Helden“ auch als erfolgreich erwies.<sup>584</sup>

Glaubt man dem damals aktiven Mitglied der „Gemeinde“, Aleksandr Šubin, so verfolgten einige Aktivisten das Ziel, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung in einen öffentlichen Protest zu transformieren, um so die Reformen „von unten“ beeinflussen zu können.<sup>585</sup> Eine günstige Gelegenheit für die Umsetzung dieser Vorhaben boten der Besuch von Ronald Reagan in Moskau im Mai 1988, währenddessen die Kundgebungen nicht gestört wurden, sowie die undemokratischen Wahlen der Delegierten zur XIX. Parteikonferenz (28. 6.–1. 7. 1988), die als eine außerordentliche Versammlung zwischen den regulären Parteitagungen zum ersten Mal seit mehr als 47 Jahren über den weiteren innenpolitischen Kurs des Landes zu beschließen hatte. Der Parteikonferenz gingen die Wahl von rund 5000

<sup>582</sup> Diese wurden in der informellen Presse abgedruckt. Eine solche Zusammenstellung findet sich bei: Redlich, Svoimi, S. 44–49.

<sup>583</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Šubin, Predannaja, S. 167–171; Fadeev, Očerk; Interview mit Zolotarev in Igrunov-Archiv, [http://www.igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remeni/1113117752.html](http://www.igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1113117752.html); Dokumentationsfilm „Den' otkrovenija“ vom Regisseur A. Kibkalo, 1989.

<sup>584</sup> Fadeev, Očerk, Teil 2, S. 55ff. Ende 1988, Anfang 1989 wurden zahlreiche Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen umbenannt. Vgl. Altrichter, Russland, S. 135. Zwar lässt sich zwischen Umbenennungen und der Aktionskampagne Fadeevs kein unmittelbarer Zusammenhang nachweisen, doch ist zu vermuten, dass gesellschaftliche Forderungen nach Umbenennung öffentlicher Räume den Machtapparat in dieser Entscheidung zumindest bekräftigt haben.

<sup>585</sup> Šubin, Predannaja, S. 169f.

Delegierten und die Veröffentlichung von 10, den Reformweg weisenden Thesen des ZK voraus. Bei der Kandidatenaufstellung wurden jedoch die konservativen Kandidaten bevorzugt, während die Veröffentlichung der Thesen für eine geplante Diskussion zu spät erfolgte.<sup>586</sup> Beides löste vielerorts Proteste aus. Anfang Juni erfasste eine Welle von Demonstrationen mehrere Städte Russlands und des Baltikums. Sie richteten sich gegen die undemokratische Aufstellung und Benennung der Delegierten zur XIX. Parteikonferenz und entwickelten sich nach dem Vorbild der Hauptstadt zu eigenen „Hyde-Parks“. In Omsk sollen am 29. Mai ca. 8000 Menschen, in Jaroslavl' am 8. Juni an die 6000, in Krasnojarsk am 15. Juni ca. 2000, in Kujbyšev (heute Samara) am 22. Juni 10 000 und in L'vov in der Ukraine am 21. Juni sogar 50 000 Menschen gegen die Delegiertenwahl demonstriert haben. Große Proteste wurden ebenfalls in Odessa, Sverdlovsk, Čeljabinsk, Leningrad, Kazan' und Tallinn (Estland) organisiert. Einige dieser Kundgebungen bewirkten die Wahl bzw. die Absetzung einzelner Delegierter. So wurden nach einer erfolgreichen Unterschriftenaktion Jurij Afanas'ev<sup>587</sup> und Vitalij Korotič<sup>588</sup> zu Delegierten der XIX. Parteikonferenz bestellt. In Kujbyšev erzwang man sogar mit 5000 Unterschriften den Rücktritt des zum Delegierten der Parteikonferenz benannten Ersten Sekretär des Stadtkomitees, Murav'evs. Auch in der Stadt Južnyj-Sachalinsk war der Erste Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU, Tret'jakov, zurückgetreten.<sup>589</sup>

Die Demonstrationen des Sommers 1988 markierten den Beginn einer friedlichen „Revolution“ „von unten“, die sich der Kontrolle „von oben“ allmählich entzog. Indes hatten die ersten großen Kundgebungen in Moskau eine konstitutive und konsolidierende Wirkung auf die mittlerweile politisch weit ausdifferenzierten und untereinander teilweise zerstrittenen informellen Gruppen. Die genannten Erfolge der ersten Massenaktionen zeigten, dass die Bündelung der gesellschaftlichen Aktivitäten in eine gemeinsame demokratische Massenbewegung notwendig war, um als politischer Akteur wahrgenommen zu werden. Im Bewusstsein dessen trafen sich die Vertreter der informellen Szene am 5. Juni 1988 zu einem „Forum der demokratischen Öffentlichkeit“ im Moskauer Palast der Jugend und arbeiteten ein erstes gemeinsames politisches Dokument, einen Forderungskatalog mit der Bezeichnung „Gesellschaftlicher Auftrag“ für die XIX. Parteikonferenz aus. An die Delegierten der Parteikonferenz von Jurij Afanas'ev überreicht, las er sich wie ein politisches Programm einer oppositionellen Partei. Der Text erfasste ein äußerst breites Problemspektrum und vereinte auf diese

<sup>586</sup> Vgl. Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“. I, S. 981–1001.

<sup>587</sup> Jurij Afanas'ev war prominenter Historiker, später Deputierter des Volksdeputiertenkongresses, der sich an der „Memorial“-Bewegung beteiligte und für radikale demokratische Reformen eintrat.

<sup>588</sup> Vitalij Korotič war als Chefredakteur der Illustrierten *Ogonek* für seine liberalen Ansichten bekannt, später ebenfalls Abgeordneter des Volksdeputiertenkongresses.

<sup>589</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 11-35, 11-36, 11-37, 11-40, 12-20, 12-31, 12-32, 12-36, 12-38, 12-39, 12-44; Šubin, *predannaja*, S. 197; Vochmence/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 38; nach Darstellung von Černjaev habe Gorbachev persönlich die Wahl von Afanas'ev durchgesetzt. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 187.

Weise Forderungen unterschiedlichster informeller Gruppen, die für die damalige Zeit noch sehr radikal waren.

Das Dokument beklagte den traditionellen Wahlmechanismus der Parteikonferenz, die „bürokratischen Tendenzen“ im Parteiapparat und warnte vor der „Gefahr von halbherzigen Lösungen, die sich negativ auf das Tempo der Perestroika auswirken sowie zur Verschärfung der Lage im Land und letzten Endes zu einer tiefen politischen Krise mit ungewissem Ausgang führen werden“.<sup>590</sup> Es schlug weiter vor, die Frist für die Debatten über die Thesen der Parteikonferenz, die als „innerlich widersprüchlich“ bezeichnet wurde, zu verlängern, die Delegierten des Parteitages nach politischen Plattformen zu wählen, an den Debatten der Konferenz politische Klubs teilnehmen zu lassen, die gesamte Konferenz durch Rundfunk und Fernsehen direkt zu übertragen und schließlich eine Strukturreform des Parteiapparates vorzunehmen. Weiterhin beinhaltete das Dokument die Kritik an der „Scheineinheit der politischen Kräfte“, die „schlimmer als ihre offene Spaltung“ sei, und forderte die Parteiführung auf, sich zu entscheiden, mit wem sie „in einem Boot sitzt“ – mit den Reformern oder den Bremsern der Perestroika. Der „Gesellschaftliche Auftrag“ enthielt eine Sammlung von 46 demokratischen und menschenrechtlichen Forderungen, die die Umrisse einer tiefgehenden politischen Reform darstellten. Darin wurden Maßnahmen zur Transformation der KPdSU in eine Parlamentspartei genannt, die als eine „entartete Kaste von ‚Partokraten‘“ bezeichnet wurde. Außerdem waren Forderungen nach Aufhebung des Artikels 6 der Verfassung, der die führende Stellung der Partei fixierte und die Schaffung eines Rechtsstaates, mit Gewährung der Menschen- und Bürgerrechte, mit rechtlichen Garantien für Diskussions-, Presse-, Vereinigungs-, Reise-, Gewissens- und Versammlungsfreiheiten verlangt. Es sei nötig, so im Dokument weiter, die Reform der Gesetzgebung zu beschleunigen, die Gültigkeit des Rechts für alle zu garantieren, „ein Verfassungsgericht als von der Legislative und Exekutive unabhängiges System der Verfassungsaufsicht sowie das Amt eines Beauftragten für die Bürgerrechte [...] einzurichten“, das Geschworenengericht einzuführen, das Wahlgesetz zu reformieren, endgültig das Passsystem abzuschaffen und den Weg für die Bildung parteiähnlicher Gruppen frei zu machen. Die informellen Gruppen verlangten, den KGB in mehrere Behörden aufzuteilen, alle politischen Gefangenen „unverzüglich freizulassen“, die Artikel 70 und 190 des StGB der RSFSR zu streichen und die Überprüfung aller politischen Urteile von den 1920er bis zu den 1980er Jahren zu veranlassen. Das Dokument enthielt ferner Forderungen nach einer öffentlichen Verurteilung des Einmarsches in die Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979, nach einem Verbot des Einsatzes der Streitkräfte außerhalb der Grenzen der UdSSR, nach Abschaffung aller Privilegien der No-

<sup>590</sup> Vgl. das Dokument und Kommentar dazu von Šubin, Aleksandr: Gesellschaftlicher Auftrag an die XIX. Parteikonferenz der KPSS, 5. und 12. Juni 1988, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russisch-sowjetischen Geschichte 1917–1991, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0018\\_auf&object=abstract&st=AUFTRAG&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0018_auf&object=abstract&st=AUFTRAG&l=de); vgl. auch Erinnerungen von Fadeev, Očerik, Teil 2, S. 3 ff.

menklatur sowie nach Reformen im Bildungssystem. Ein Aufruf, „[d]ie gesamte Gesetzgebung der UdSSR [...] mit der Verfassung und den Normen des internationalen Rechts in Übereinstimmung zu bringen“, war darin ebenfalls zu finden, was zugleich als Kritik an der bisher unterlassenen Implementierung dieser Standards zu lesen war.<sup>591</sup>

Auch wenn das eigentliche Ziel der Informellen, die Plattform zu einer Diskussionsgrundlage der XIX. Parteikonferenz zu lancieren und einen politischen Druck auf die Partei auszuüben, zunächst verfehlt wurde, handelte es sich bei dem „Gesellschaftlichen Auftrag“ um ein wichtiges politisches Dokument der unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen und um eine erste bewusste Oppositionierung zum offiziellen Parteikurs. Der Auftrag wurde im Samizdat vervielfältigt und war vielen Konferenzdelegierten bekannt. Für die Informellen war die Ausarbeitung des Dokuments indes „eine der ersten politischen Erfahrung[en] in Demokratie“,<sup>592</sup> von der die spätere demokratische Bewegung Russlands Gebrauch machte. Es kennzeichnete auch den ersten Versuch der Moskauer Klubs, sich nach dem Vorbild der Volksfronten in den baltischen Republiken zu einer gemeinsamen demokratischen Bewegung, einer „Moskauer Volksfront“, zusammenzuschließen.<sup>593</sup> Seine Inhalte demonstrierten darüber hinaus, dass die 1987 noch als radikal empfundenen Forderungen von Dissidenten wie Valerija Novodvorskaja mittlerweile konsensfähig und von der Mehrheit der informellen Gruppen geteilt wurden. Menschenrechtsnormen waren schon im Sommer 1988 zur konsensualen Basis der gesellschaftlichen Opposition gegen die Regierung geworden.

Die Etablierung menschenrechtlicher Forderungen als Teil des gesellschaftlichen Diskurses führte zur Bildung neuer gesellschaftlicher Akteure und beeinflusste die Interessenformulierung existierender Gruppen. Der Sommer 1988 war deshalb nicht nur durch viele kleine „Straßenparlamente“, sondern auch durch die Radikalisierung bestehender und die Herausbildung neuer Gruppen bestimmt, die sich programmatisch auf einer der KPdSU oppositionellen Seite positionierten. Eine Initiative unter diesen bezeichnete sich sogar als „Partei“. Als „eine Sensation, die man erwartete“, wurde die Gründung der ersten Oppositionspartei der KPdSU, der „Demokratischen Union“ (künftig: DU) unter Leitung von Novodvorskaja von der informellen Zeitung *Chronograf* kommen-

<sup>591</sup> Text: [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0018\\_auf&object=translation&st=LABOR&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0018_auf&object=translation&st=LABOR&l=de).

<sup>592</sup> So Šubin, Gesellschaftlicher Auftrag, S. 1.

<sup>593</sup> Die Bewegung verfehlte jedoch auf Grund ideologischer Differenzen und persönlicher Intrigen innerhalb des Organisationskomitees ihre politische, den baltischen Volksfronten vergleichbare Wirkungskraft. Später gab es einen erneuten Vereinigungsversuch der „Moskauer Volksfront“, der aber erneut scheiterte. Es wurden zahlreiche Volksfronten in den anderen Städten Russlands sowie eine Russische Volksfront gebildet; eine den baltischen Volksfronten vergleichbare Bedeutung konnte jedoch aus den oben bereits erwähnten Gründen keine der russischen Bewegungen erreichen. Vgl. Šubin, Predannaja, S. 209–231; Fadeev, Očerki, Teil 2, S. 3–54; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 46f.; Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 87ff.

tiert.<sup>594</sup> Auf dem Gründungskongress, der vom 7. bis 9. Mai 1988 von ca. 150 Delegierten und Gästen aus mehr als 27 Städten der Sowjetunion in einer Moskauer Wohnung abgehalten wurde, vereinte die neue Partei u. a. die Vertreter der Gruppen „Vertrauen“, „Demokratische Perestroika“, „Freie Interprofessionelle Vereinigung der Werktätigen“ und des Presseklubs „Glasnost“. Vom 27. bis 29. Januar 1989 fand in Riga der zweite Parteitag der DU mit ca. 160 Delegierten und Gästen aus 36 Städten statt.<sup>595</sup>

„Der Mensch ist frei geboren und keine Ideologie oder soziale Idee kann ihm den Verlust dieser Freiheit ersetzen“ – mit diesen Worten begann die Deklaration der Partei, die sich einen gewaltfreien Systemwechsel in der UdSSR zum Ziel setzte. Eine parlamentarische Demokratie nach dem Vorbild der westeuropäischen Staaten war das angestrebte Ideal.<sup>596</sup> Die Entideologisierung der Gesellschaft, die absolute Priorität des Individuums vor dem Kollektiv und vor dem Staat, das Primat des Rechts, die Gewaltenteilung, das Mehrparteiensystem und der Parlamentarismus, die Gewissensfreiheit und die Garantie aller anderen Bürgerrechte, die freie Marktwirtschaft, das Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung wurden von der DU zu den unabdingbaren Bedingungen einer „wahren modernen Demokratie“ deklariert.<sup>597</sup> Sie forderte deshalb u. a. eine sofortige Streichung der politischen Artikel des Strafgesetzbuches, die Freilassung und die Rehabilitierung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung von Beschränkungen der Freiheit auf Demonstrationen, gesellschaftliche Vereinigungen und Presse, den Verzicht auf militärische, politische und ideologische Expansion, die Abschaffung des KGB und des Artikels 6 der Unionsverfassung.

Die neue Partei gewann sehr schnell an Bekanntheit und Popularität, nicht zuletzt wegen ihrer erwähnten Radikalität und den ungenehmigten Kundgebungen, die zum „Markenzeichen“<sup>598</sup> der DU wurden. In den anderen Großstädten bildeten sich Koordinationsräte der Partei aus, die nach dem gleichen Muster wie die Moskauer Gruppe agierten. Auch die Kundgebungen der Partei zogen in der Regel große Menschenmengen an, wurden jedoch oft gewaltsam von der Polizei aufgelöst. Dass die DU einen direkten Affront für die herrschende KPdSU darstellte, versteht sich von selbst. Deren Mitglieder wurden deshalb oft und in schnellen Gerichtsverhandlungen mit falschen Zeugnissen zu mehrtätigen Arresten und Geldstrafen verurteilt.<sup>599</sup> Eine am 21. August 1988 anlässlich des zwanzigsten Jahrestags des Einmarsches der sowjetischen Armee in die ČSSR von der Partei orga-

<sup>594</sup> *Chronograf*, Nr. 4; hierfür wie für das Folgende siehe auch: *Chronograf*, Nr. 5, 6; Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 147 ff.; Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 94 ff.; Ob'edinenie grupp negativnogo charaktera – t. n. „Demokratičeskij sojuz“, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 4, l. 28 f.

<sup>595</sup> Spravočnyj material o vtorom s'ezde Demokratičeskogo sojuza, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 14, l. 22–24.

<sup>596</sup> Der Text der Deklaration, die Hauptprinzipien und das Programm der DU siehe in: Suslova, Obščestvennye, S. 410–423.

<sup>597</sup> Ebd., S. 417.

<sup>598</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 43.

<sup>599</sup> Ebd.; Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 147 ff.



*Auflösung einer Demonstration der „Demokratischen Union“ im August 1988.*

(Quelle: Aus dem privaten Archiv von Aleksej Pjatkovskij)

nierte Gedenkdemonstration am Puškin-Platz wurde sogar zum ersten Mal durch die Milizverbände für besondere Aufgaben (in der Sowjetunion und dem heutigen Russland unter der Abkürzung OMON bekannt) aufgelöst. Sie gingen mit großer Brutalität gegen eine Versammlung von ca. 800 Menschen vor, wobei auch zufällige Passanten, Frauen, Kinder und alte Leute zusammengeschlagen wurden. Nach inoffiziellen Angaben gab es an diesem Tag 154 Festnahmen, viele Menschen wurden vor Gericht gestellt oder zu Geld- oder sogar Haftstrafen verurteilt.<sup>600</sup> Diese Brutalität wiederholte sich am 5. September am Tverskoj-Boulevard, als eine aus rund 50 Personen bestehende Gruppe um Novodvorskaja zum 70. Jahrestag des roten Terrors eine unerlaubte Demonstration mit ca. 1000 Teilnehmern organisierte.<sup>601</sup>

Die DU stellte zweifelsohne den radikalsten Flügel der gesellschaftlichen Bewegung dar. Wegen ihrer Kompromisslosigkeit und der auf Konfrontation mit dem Machtapparat ausgelegten Methoden wurde sie von der Mehrzahl der informellen Gruppen abgelehnt. Sicher lag einer solchen Distanz auch Pragmatismus zugrunde. Denn die DU war mit ihren regelmäßigen und nicht sanktionierten Kundgebungen ein ständiger Reizfaktor für die herrschende Partei, von dem nicht wenige Gruppen Abstand nahmen, um nicht selbst ins Kreuzfeuer der Kritik des

<sup>600</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 16-5; Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 152 ff.

<sup>601</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 17/18-6.

Machtapparates zu gelangen. So war die Frage, ob man Seite an Seite mit der DU demonstrieren solle oder nicht, oft der Anlass zu Kontroversen sowohl zwischen als auch innerhalb (so in der „Perestroika-88“) der informellen Gruppen.<sup>602</sup> Kuriöserweise wiesen viele dieser Gruppen mit der neuen Partei zahlreiche inhaltliche Gemeinsamkeiten auf. Auch wenn sie dem bestehenden System mit ihrer gemäßigten Sprache ihre Loyalität demonstrierten, stritten sie der herrschenden Partei mit ihren Forderungen – nicht weniger als die DU – die Legitimität ab und rückten in der Sache an die Gruppe von Novodvorskaja heran. Selbst die Reformvorschläge des „Gesellschaftlichen Auftrags“, der eine Plattform der „Moskauer Volksfront“ – einer Bewegung mit sozialistischer Positionsbestimmung – werden sollte, stimmten teilweise mit den Programmpunkten der DU überein. Sie verfolgten das gleiche Ziel: Die gesetzliche Verankerung elementarer politischer Grundrechte in der UdSSR bzw. die Schaffung eines parlamentarisch aufgebauten Rechtsstaates mit mehreren Parteien und dem Primat der Menschenrechte.<sup>603</sup>

Unmittelbar nach der oben geschilderten gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen wurde bekannt, dass bereits am 28. Juli 1988 vom Obersten Sowjet der UdSSR das Dekret über „das Verfahren der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzügen und Demonstrationen in der UdSSR“, das den „vorläufigen“ Regelungen vom 1987 glich, sowie das Dekret „Über die Pflichten und Rechte der inneren Truppen des Innenministeriums der UdSSR bei der Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung“ erlassen wurde.<sup>604</sup> Das Dekret über Versammlungen war die erste ausführliche rechtliche Verfahrensregelung überhaupt, welche die Versammlungsfreiheit als ein Grundrecht fixierte und seine Ausübung nicht nur gesellschaftlichen Organisationen, sondern auch einzelnen Bürgern zugestand. Sie schrieb jedoch wie schon die vorläufigen Ordnungen eine Genehmigung durch die Behörden vor und ermächtigte diese, die Genehmigungen dann zu verweigern, wenn sie die Ziele der öffentlichen Aktionen als „bedrohend“ für die gesellschaftliche Ordnung einschätzten. Gleichzeitig sah die neue Regelung keine Möglichkeit zur rechtlichen Anfechtung der Verordnungen vor. Die zweite Verordnung legalisierte indes den Einsatz der Truppen von OMON gegen Demonstranten und erlaubte in Ausnahmefällen sogar den Einsatz von Schusswaffen. Beide Dekrete wurden ohne Vorankündigung oder eine öffentliche Diskussion verabschiedet und stellten abermals den Versuch der Partei dar, die gesellschaftliche Bewegung mit administrativen Mitteln einzudämmen. Nicht ohne Zufall wurden zur gleichen Zeit Verhärtungen in der Position

<sup>602</sup> Das zeigt etwa der erwähnte Film „Den’ otkrovenija“ von Kibkalo.

<sup>603</sup> Vgl. auch Altrichter, Russland, S. 99.

<sup>604</sup> Beide Texte in: VVS SSSR 1988, Nr. 31, Art. 504 und Art. 505. Eine Bewertung der Dekrete findet sich bei Luchterhandt, Die Sowjetunion, S. 65–67. Bei den Truppen des Innenministeriums handelte es sich um die „Milizverbände für besondere Aufgaben“, um eine Art „Nationalgarde“ der Union, die für ihre Bewaffnung und weitreichende polizeiliche Vollmacht, die ihnen in Ausnahmefällen sogar den Einsatz der Schusswaffen erlaubte, berüchtigt war. In der Bevölkerung waren sie unter dem Namen *Omonovcy* (vom Akronym OMON) bekannt. Ihre oft gegen die Demonstranten eingesetzten Stöcke nannte man ironisch „Demokratisierer“ [Demokratisatory]. Fadeev, Očerck, Teil 2, S. 49f.

des Machtapparates in Beziehung zu den gesellschaftlichen Initiativen in vielen Großstädten und Teilrepubliken beobachtet.<sup>605</sup> Am 24. April 1989 wurden die Dekrete noch mit einer Verschärfung ergänzt, indem das Oberste Gericht der UdSSR auch Streikposten und Mahnwachen vor öffentlichen Gebäuden und Institutionen als genehmigungspflichtige Demonstrationen einstuft.<sup>606</sup>

Die Dekrete und die Praxis der Gebietskomitees, die Anträge der Gruppen auf Genehmigung einer Kundgebung kurz vor dem geplanten Termin als „antisowjetisch“ abzulehnen,<sup>607</sup> wurden von der Öffentlichkeit als Signal zur Gewaltanwendung gewertet und lösten vor dem Hintergrund der neuen Brutalität des Machtapparates Unmut und Proteste aus.<sup>608</sup> Die in der informellen Szene noch anzutreffende Loyalität dem Staat gegenüber wich einer kritischen *Dagegen*-Einstellung. Zahlreiche Protestdemonstrationen in den Großstädten der Union und die Treffen der politisch interessierten Bevölkerung auf dem Puškin-Platz sowie in den öffentlichen Einrichtungen in Moskau wurden trotz der Verbote und der Gewalt der Sicherheitsorgane fortgesetzt. Sie rückten Themen wie politische Repressionen, Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR in den Fokus der Öffentlichkeit; sie gedachten der Opfer der staatlichen Gewalt und forderten deren Rehabilitation sowie den Rücktritt der konservativen Politbüromitglieder (von Ligačev und vom Ersten Sekretär der Ukrainischen KP, dem Politbüromitglied Vladimir Ščerbickij). Somit konfrontierten sie das Regime mit seinen Legitimitätsdefiziten.<sup>609</sup>

Gleichzeitig war die Evolution von bis vor kurzem noch als gemäßigt geltenden Klubs, ihre Annäherung an die Positionen der DU zu beobachten – so auch die Umwandlung des moderaten Diskussionsklubs „Demokratische Perestroika“ in eine oppositionelle Vereinigung mehrerer informeller Gruppen während einer Sitzung am 13. September 1988 in Moskau. An dem Tag kamen die Diskutanten darin überein, dass der Rechtsstaat mit dem Einparteiensystem unvereinbar sei und dass den autoritären Tendenzen Widerstand geleistet werden müsse.<sup>610</sup> In Moskau und in anderen Großstädten wurden Volksfronten gegründet, die zwar mehrheitlich erklärten, die Perestroika und den Parteikurs zu unterstützen und für einen „demokratischen Sozialismus“ kämpfen zu wollen, die jedoch zugleich, wie es die „Moskauer Volksfront“ in ihrem Programm deklarierte, das Recht einer Organisation auf die „Monopolisierung des politischen Lebens des Landes“ hin-

<sup>605</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 17/18-6; *Chronograf* Nr. 12, 13, 16, 1988.

<sup>606</sup> VVS SSSR 1989, Nr. 3, S. 15; eine Bewertung der Dekrete findet sich bei Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 65-67.

<sup>607</sup> Hingegen wurden Kundgebungen der national-patriotischen Gruppen, diese insbesondere in Leningrad, sowie Veranstaltungen von Gruppen des sozialistischen Profils, soweit sie sich nicht gegen die Verordnungen des Staates richteten, genehmigt. Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 98; Fadeev, *Očerki*, Teil 2.

<sup>608</sup> Vgl. Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 97.

<sup>609</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 17/18-58, 17/18-59, 17/18-60, 19/20-15, 19/20-8, 21-13, 22-27, 22-31, 24-3.

<sup>610</sup> Informacija o zasedanij kluba „Demokratičeskaja perestroika“, 13. 9. 88, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 14, l. 7-13.



*Besprechung über die Bildung des Diskussionsklubs „Moskauer Tribüne“, 9. August 1988. Auf dem Bild von links nach rechts: Gennadij Žavoronkov, Jurij Karjakin, Andrej Sacharov und Jurij Afanas'ev. (Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau; Foto: D. Čížkov)*

terfragten.<sup>611</sup> In der Rolle einer „legalen Opposition“ wollte sich der im Herbst 1988 gegründete elitäre Klub „Moskauer Tribüne“ sehen.<sup>612</sup> Nachdem so prominente Persönlichkeiten wie Andrej Sacharov, der Wirtschaftswissenschaftler Leonid Abalkin oder der Historiker Jurij Afanas'ev in einem „Offenen Brief“ ebenfalls gegen die undemokratische Bestellung der Delegierten der XIX. Parteikonferenz protestiert hatten, gründeten sie einen Klub, der sich als Lobby reformorientierter Politiker verstand und der zu einem seiner Hauptziele die „wissenschaftliche Erforschung sozioökonomischer und politischer Probleme“ machte. Obwohl sich der Klub zunächst ausschließlich auf eine intellektuelle Tätigkeit ausrichtete, verwandelte er sich bald auch in eine politische Tribüne von Anhängern des radikalen Reformprozesses.<sup>613</sup>

Selbst die Vereinigung „Memorial“, die zum damaligen Zeitpunkt ein relatives Wohlwollen der Behörden genoss – ihre erste öffentliche Versammlung zur Überreichung der gesammelten Unterschriften für die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des politischen Terrors an die Delegierten der XIX. Parteikonferenz

<sup>611</sup> So das Programm der „Moskauer Volksfront“, in Suslova, Obščestvennye, S. 424–434; diese programmatische Tendenz geht auch aus der folgenden Dokumentensammlung des Moskauer Stadtkomitees zu Moskau und anderen russischen Volksfronten hervor: CAOPIM, f. 8659, op. 1, d. 1, 2, 4, 5, 10, 15, 16; f. 8661, op. 1, 2, 6, 7, 10.

<sup>612</sup> Sacharov, Andrej: Mein Leben, München/Zürich 21991, S. 792.

<sup>613</sup> Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 83, Vgl. auch Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, Rossija. Sbornik materialov, Bd. 4, S. 51; Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 46f.

wurde Ende Juni im Dynamo-Stadion genehmigt – schlug einen konfliktträchtigen Kurs ein. Ende August 1988 gewann der radikale Flügel der Bewegung an Stärke. Deren Anhänger traten für eine generelle Aufarbeitung der repressiven sowjetischen Vergangenheit über die Stalin-Jahre hinaus ein. „Memorial“ erklärte es für unmöglich, sich von der repressiven Vergangenheit zu trennen, solange die Grundlagen des repressiven Staates, das „Subsystem der Angst“ in Gestalt des KGB, am Leben bleibe. Die Vertreter dieser Meinung brachten daher das „Memorial“-Projekt mit folgenden politischen Forderungen auf: Der KGB müsse aufgelöst, alle politischen Gefangenen freigelassen und rehabilitiert werden, die entsprechenden Artikel des Strafgesetzbuches seien abzuschaffen und der Missbrauch der Psychiatrie zu beenden. Die Idee von „Memorial“, so die weitere Argumentation, könne nicht als verwirklicht gelten, solange die Verbannung Aleksandr Solženicyns und anderer bedeutender Landsleute nicht aufgehoben worden sei.<sup>614</sup> Diese Linie überwog in allen diskutierten Fragen auf dem „Arbeitstreffen“ der Gruppe Ende Oktober 1988 im Theater der Filmschaffenden, das eigentlich eine Gründungskonferenz werden sollte, aber aufgrund der Intervention „von oben“ verhindert wurde. Auf dem Treffen wurde beschlossen, nicht nur die Arbeit von „Memorial“ auf die Zeit nach Stalin auszuweiten, sondern auch eigene Kandidaten für das sowjetische Parlament aufzustellen, das nach Beschlüssen der XIX. Parteikonferenz im März 1989 neu gewählt werden sollte. Mit diesem Ziel wurde einstimmig Andrej Sacharov zum Kandidaten nominiert.<sup>615</sup> Die im Januar 1989 schließlich angenommene Resolution illustrierte den Wandel von „Memorial“ aus einer Denkmalprojektgruppe in eine der größten und hochpolitischsten Vereinigungen der Sowjetunion, die am Wandel des politischen Bewusstseins eines Teils der Sowjetbevölkerung und an dem Zerfall des kommunistischen Monopols in den nächsten zwei Jahren – durch die Organisation der größten Massenmeetings und der Wahlkampagnen vor den Wahlen des Volksdeputiertenkongresses – unmittelbar beteiligt war. Die Resolution enthielt eine Liste politischer Forderungen und verlangte u. a., die politischen Urteile nach Stalins Tod zu über-

<sup>614</sup> Obraščenie 4-ch „radikal'nych“ členov iniciativnoj grupy „O Memoreale žertvam repressij“, in: Igrunov-Archiv, [http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-history-doc-obrasch\\_scubko\\_87.html](http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-history-doc-obrasch_scubko_87.html); Fein, *Geschichtspolitik*, S. 127 ff.; Altrichter, *Russland*, S. 90–97.

<sup>615</sup> Stenogramma podgotovitel'noj konferencii obščestva „Memorial“, in: Igrunov-Archiv, <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/>. In dem Ende Januar 1989 veröffentlichten Wahlprogramm von Sacharov standen u. a. folgende Forderungen: die Annäherung zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen, Ersatz des kommando-administrativen Systems durch ein pluralistisches mit Elementen der freien Marktwirtschaft und des Wettbewerbs, Förderung ökologischer Bewegungen, Schutz der Menschenrechte und aller politischer Freiheiten, Öffnung der Archive von NKVD und KGB als erster Schritt zu einem Rechtsstaat, Abschaffung der Todesstrafe, Rehabilitierung aller politischer Gefangener und Freilassung der Mitglieder des armenischen „Karabach“-Komitees und der Vereinigung „Krunk“. Das Programm wurde in der ersten Ausgabe des „Memorial“-Bulletins veröffentlicht. Diese Ausgabe sowie der Gesamttext von Sacharovs Wahlprogramm ist heute abrufbar unter: <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-gazeta.html>.

prüfen, die Artikel 70 und 190 (1) aus dem Strafgesetzbuch der RSFSR zu streichen, die Dekrete zur Versammlungsfreiheit vom Sommer 1988 für ungültig zu erklären und unverzüglich die verhafteten Mitglieder des Armenischen Karabach-Komitees sowie andere Aktivisten der armenischen Nationalbewegung freizulassen. „Memorial“ sprach dem Wahlkampfprogramm vom Sacharow die volle Unterstützung aus und warb für Kandidaturen anderer Mitglieder der „Memorial“-Gruppe für die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress.<sup>616</sup> Zum Zeitpunkt der Gründungskonferenz am 28./29. Januar 1989 war „Memorial“ die größte informelle Vereinigung, deren Moskauer Organisation über 1000 Aktivisten zählte. Diese stützte sich wiederum auf 108 lokale „Memorial“-Gruppen unionsweit und symbolisierte wie keine andere informelle Gruppe der Sowjetunion das Erstarken der gesellschaftlichen Opposition.<sup>617</sup>

## 5.2 Die Menschenrechtskommission von Fedor Burlackij und die Enttabuisierung des Menschenrechtsdiskurses

Während die Konservativen im Parteiapparat einen Dialog mit der Gesellschaft ablehnten und für die Machtdemonstration plädierten, hofften Gorbačev und seine Mitstreiter die Kontrolle über den sich radikalisierenden gesellschaftlichen Diskurs mit politischen Mitteln wiederzugewinnen.<sup>618</sup> Die Bildung und die Tätigkeit der oben erwähnten Menschenrechtskommission unter Fedor Burlackij ist ein besonders plakatives Beispiel dafür, wie man mit einer parteiloyalen Gruppe den Einfluss der unerwünschten unabhängigen Initiativen eingrenzen, sie im besten Fall neutralisieren und sich dabei auch noch außenpolitisch zu profilieren versuchte. Interessant für die vorliegende Untersuchung ist diese Kommission auch deswegen, weil Gorbačev mit deren Gründung offensichtlich mehrere Ziele verfolgte. Die Tatsache, dass ihr der als liberal geltende Burlackij<sup>619</sup> vorstand, war ein Indiz dafür, dass Gorbačev nicht bereit war, dieses Feld den Konservativen im Parteiapparat zu überlassen, und mit der Kommission seine Ansichten im humanitären Bereich vertreten ließ. Ihre Bildung kann deshalb auch als ein Signal an die eigenen Parteigenossen interpretiert werden, während ihre Verweise auf Helsinki-Vereinbarungen Gorbačevs innenpolitischen Reformen eine zusätzliche Legitimation verschafften.

<sup>616</sup> Text der Resolution, in: Igrunov-Archiv, <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-docr-resol.html>.

<sup>617</sup> Zahlen von: Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 90; Fein, Geschichtspolitik, S. 134; vgl. auch Sacharow, Mein Leben, S. 793–799.

<sup>618</sup> Gewalt als Mittel lehnte Gorbačev ab. Vgl. z. B. die Auseinandersetzung im Politbüro am 15. April 1988, in: V Politburo, S. 334, S. 339, 423.

<sup>619</sup> Fedor Burlackij galt als ein „Reformer im System“, war er doch als Publizist für seine allzu liberalen Ansichten bekannt und wurde sogar für einen Artikel in der *Pravda* 1967 entlassen. Nach der Wahl in den Volksdeputiertenkongress im März 1989 sollte sich Burlackij als ein Reformer profilieren, der sich zusammen mit den anderen reformorientierten Parteimitgliedern für eine rasche Implementierung der KSZE-Verpflichtungen einsetzte. Vgl. Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Studie.

Die Kommission war die erste staatliche Organisation, welche die „Erreichung voller Übereinstimmung der sowjetischen Gesetzgebung mit den Verpflichtungen aus der Helsinki-Akte und den UN-Dokumenten im Bereich der Menschenrechte“<sup>620</sup> zum Ziel ihrer Tätigkeit erklärte und damit überhaupt erstmals das in der Parteiführung vorhandene Problembewusstsein für humanitäre Bereiche und für die zuvor immer geleugnete Verletzung der vereinbarten Normen signalisierte. Das Sammeln von Beschwerden, welche die Verletzung der Rechte der Individuen zum Gegenstand haben, die Lösung dieser Fälle, öffentliche Diskussionen und die dadurch erhoffte Beeinflussung der Innenpolitik waren ihre erklärten Arbeitsmechanismen, die mit den Anliegen der unabhängigen Bürgerrechtsgruppen weitgehend übereinstimmten. Dass die Bildung der Gruppe um Burlackij in Wirklichkeit von ganz anderen Intentionen geleitet war als die der unabhängigen Helsinki-Gruppen, deuteten ihre exklamatorische Zusammensetzung und die ersten öffentlichen Erklärungen an. Die selbsternannte Helsinki-Gruppe von Burlackij<sup>621</sup> führte bekannte Kulturschaffende (Ales' Adamovič, Vladimir Dudincev, Grigorij Baklanov), jedoch keine der im Westen bekannten unabhängigen Rechtsschutzaktivisten als Mitglieder. In der Abendnachrichtensendung „Die Zeit“ am 30. November 1987 erklärte Burlackij das Bestreben seiner Kommission, die zwischenstaatliche Konfrontation in Fragen der Menschenrechte zu überwinden. Die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich, insbesondere die Aufnahme der Kontakte mit den westlichen Menschenrechtsorganisationen, bezeichnete er als eine seiner wichtigsten Aufgaben.<sup>622</sup> Mit keinem Wort wurde in den Medien die Tätigkeit der unabhängigen Helsinki-Gruppen erwähnt, während Ales' Adamovič sein Staunen darüber zum Ausdruck brachte, dass eine Helsinki-Organisation erst jetzt, 12 Jahre nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte, ins Leben gerufen worden sei. Die Kommission reagierte auch nicht auf die Einladung des Presseklubs „Glasnost“, an dem geplanten Menschenrechtsseminar im Dezember 1987 teilzunehmen – sie lehnte alle Kontakte mit den „Kriminellen“, wie sie die Mitglieder unabhängiger Menschenrechtsorganisationen bezeichnete, ab.<sup>623</sup> Dass die geschaffene Organisation den Staat und seine offizielle Menschenrechtspolitik propagandistisch zu repräsentieren hatte, verriet außerdem ihre offizielle Erklärung zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1987. Darin hieß es u. a.:

„Nicht in einen solchen Wettstreit treten, wo man einander in großen Worten von Menschenrechten übertrifft und die Gegenseite ihrer Verletzung bezichtigt, sondern durch praktische Schritte im gesellschaftlichen und internationalen Leben alles zu beseitigen und zu überwinden,

<sup>620</sup> *Izvestija* vom 30. 11. 1987, S. 3.

<sup>621</sup> Nach Darstellung von Ljudmila Alekseeva bezeichnete Burlackij seine Kommission von Anfang an als eine Helsinki-Gruppe und suchte unter diesem Namen gezielt Kontakt mit den Vertretern der transnationalen Helsinki-Netzwerke. Interview mit Alekseeva.

<sup>622</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe Materialien über Burlackij, in: OSA, F. 300, Subf. 80, S. 9, B. 85 (Burlackij F., 1973–1994); Interview von Burlackij in: SR vom 27. 12. 1987, S. 5.

<sup>623</sup> Vgl. Appell des Presseklubs „Glasnost“ an die Kommission, abgedruckt, in: RM vom 16. 9. 1988, S. 5.

was die Grundrechte der Menschen einengt – das ist die fruchtbarste Methode, die diese Probleme sowohl im Osten als auch im Westen lösen hilft.“<sup>624</sup>

Zwar wiesen diese Zeilen und die einzelnen Erklärungen von Burlackij in Interviews (etwa über die notwendige Stärkung der Rechtssicherheit des Individuums, über die Reform des Gerichtswesens oder über die Schaffung neuer Gesetze in den Bereichen Religion und Presse) auf die Existenz von Menschenrechtsproblemen in der UdSSR hin<sup>625</sup> – was immerhin ein Zeichen des Wandels war – das traditionelle Menschenrechtsverständnis der Sowjetunion wurde dabei aber noch nicht in Frage gestellt. Der gesamte Text vermittelte den Eindruck von einer Vergleichbarkeit der Menschenrechtsprobleme im Westen wie im Osten: Beide Gesellschaftssysteme haben gute und schlechte Seiten, beide sind verbesserungsbedürftig – war dem Inhalt zu entnehmen. In die gleiche Kerbe schlug auch eine Eingabe der Burlackij-Kommission vom Mai 1988 an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zum Schutze religiöser Gefangener im Zusammenhang mit der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Russlands. Darin wurde die Bitte geäußert, das Schicksal jener Bürger zu prüfen, die ihre Haftstrafen wegen religiöser Betätigung verbüßten:

„Uns scheint, daß diese Menschen heute keinerlei Gefahr für unsere Gesellschaft mehr darstellen. Wir sind der Ansicht, daß es ein Akt von großer humaner Bedeutung wäre, ihnen zu vergeben. Eine solche Entscheidung würde mit Befriedigung [...] auch von vielen ausländischen Organisationen aufgenommen werden, die sich für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit in humanitären Fragen und auf dem Gebiet der Menschenrechte im Geist der Empfehlungen der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einsetzen.“<sup>626</sup>

Gemessen an der sowjetischen Vergangenheit erschien ein solcher „offizieller“ Appell fortschrittlich und bemerkenswert, weil ein Staatsvertreter indirekt die Verletzung der Gewissensfreiheit in der UdSSR ansprach und dabei auch noch mit der KSZE-Schlussakte argumentierte. Vom menschenrechtlichen Standpunkt aus war dieses Dokument jedoch „erschreckend“.<sup>627</sup> Die Kommission verurteilte darin nicht die menschenrechtswidrige Behandlung der Gläubigen. Sie ging sogar von der Gerechtigkeit der Verurteilungen aus.<sup>628</sup> Damit wurde weiterhin an der

<sup>624</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Bürgerrechtsbewegung*, S. 141 f. Der Verfasserin liegt lediglich die englische Version des Textes vor: Statement by the public Commission for International Cooperation for Humanitarian Issues and Human Rights of the Soviet Committee for European Security and Cooperation, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79 (Russia: Burlatsky Commission, 1986 – 1988).

<sup>625</sup> Vgl. z. B. das Interview in *Izvestija* vom 12. 2. 1988, S. 5.

<sup>626</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Bürgerrechtsbewegung*, S. 143. Nach Darstellung von Burlackij habe er bereits 1987 eine Liste mit über 400 Namen von Personen, die wegen religiöser Betätigung in Haft waren, von Rosalin Carter (der Frau des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter) erhalten und an Gorbačev mit der Bitte weitergeleitet, sie alle in einem Akt freizulassen. Sein Appell sei ohne Folgen geblieben. Burlackij, *Glotok svobody*, S. 148 f.

<sup>627</sup> So die Bewertung von Luchterhandt, *Die Bürgerrechtsbewegung*, S. 143.

<sup>628</sup> Ebd.; vgl. auch den Appell des Presseklubs „Glasnost“ an die Kommission, abgedruckt in: RM vom 16. 9. 1988, S. 5.

Rechtmäßigkeit der Verfolgungen von Andersdenkenden und an der angeblich von ihnen ausgehenden Gefahr für den Rest der Sowjetbevölkerung festgehalten.

Die Schaffung einer Menschenrechtsgruppe „von oben“ und die ersten Auftritte der Kommission illustrieren das Bemühen der sowjetischen Regierung, von den unabhängigen Bürgerrechtsinitiativen abzulenken, um dadurch die gefährdete Interpretationshoheit im humanitären Bereich zu behalten. In den Medien wurde mit diesem Ziel eine regelrechte Werbekampagne für die neue Kommission gestartet, während die unabhängigen Initiativen, wenn überhaupt, dann aber im negativen Lichte einer Erwähnung Wert waren.<sup>629</sup> Bei alledem war die Parteiführung noch mehr als je zuvor darum bemüht, die gemäßigte Variante der traditionellen sowjetischen Menschenrechtsposition an die westliche Öffentlichkeit zu propagieren und auf der internationalen Bühne für Sympathien, Anerkennung und für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau zu werben. Mit diesen Zielen, aber auch, um die Öffentlichkeit im Westen von den informellen Initiativen abzulenken, ging die Gruppe um Burlackij zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion und mit einem auffälligen Interesse an Eigenpräsenz in den westlichen Medien<sup>630</sup> auf die Vertreter der vor kurzem noch als „feindselig“ empfundenen transnationalen Helsinki-Netzwerke zu und zeigte sich bereit, die Existenz der Menschenrechtsprobleme in der Sowjetunion anzuerkennen, darüber mit den internationalen NGOs zu reden und sich sogar für die Lösung der bekannten Fälle einzusetzen. Statt, wie früher üblich, Nachfragen der westlichen Gruppen zu den einzelnen Fällen von Menschenrechtsverletzungen als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten abzulehnen, nahm die Kommission die Namenslisten bereitwillig entgegen und bemühte sich um eine Vermittlerrolle zwischen der eigenen Regierung und den westlichen Kritikern.

Nach der ersten Begegnung der Gruppe mit den Vertretern der westlichen nichtstaatlichen Menschenrechtsgruppen im Januar 1988 in Holland kam es im gleichen Monat zu einem bedeutenden Treffen zwischen einer Delegation der IHF und ihrem offiziellen sowjetischen Konterpart in Moskau. Als inoffizielle Erkundungskommission der KSZE-Konferenz in Wien, die Gespräche mit Staatsstellen, mit nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen

<sup>629</sup> So erschienen Ende 1987/Anfang 1988 in den zentralen Parteizeitungen ausführliche Interviews mit Fedor Burlackij; er bekam öfters die Gelegenheit, seine Gruppe im Fernsehen vorzustellen, wie eben in den Abendnachrichten „Die Zeit“ oder in der populären Fernsehsendung „Der Mensch und das Gesetz“ [Čelovek i zakon]. Vgl. SR vom 27. 12. 1987, S. 5f.; *Izvestija* vom 30. 11. 1987, S. 3; *Izvestija* vom 12. 2. 1988, S. 5; *Novoe vremja* vom 22. 7. 1988, S. 29; „Man and the Law“/„Čelovek i zakon“ (legal affairs) Human Rights Issues. Featuring Journalist F. Burlatski, 1-May-1988, in: OSA, F. 300, Sbf. 81, S. 9/60.

<sup>630</sup> Es ist offensichtlich, dass Burlackij um die Präsenz seiner Gruppe in den Medien sehr bemüht war. So ist z. B. einem Memorandum des U.S. Helsinki Watch Committees über das Treffen zwischen ihm und der Burlackij-Kommission in Paris im Mai 1988 zu entnehmen, dass die sowjetische Gruppe auf eine gute Presseresonanz sehr bedacht gewesen sei und ohne Einverständnis der anderen Seite die Pressevertreter zu dem Treffen eingeladen habe. Vgl. Helsinki Watch: Memorandum. Meeting with Soviet Commission for International Cooperation for International Cooperation on Humanitarian Affairs and Human Rights, in: OSA F. 318, S. 3, B. 79, S. 5.

(wie Andrej Sacharov, Larisa Bogoraz und Lev Timofeev) vorsah und die „Reife“ der Sowjetunion für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau prüfen sollte, war vom 24. bis 29. Januar 1988 die Reise einer aus Vertretern von neun westlichen und neutralen Ländern zusammengesetzten IHF-Delegation nach Moskau geplant. Unter der Leitung des Präsidenten der IHF, Karl Johannes Schwarzenberg, sah sie die Erörterung eines breit gefächerten Problemkatalogs vor, u. a. die Besprechung der Situation in psychiatrischen Kliniken, die Anmahnung religiöser Verfolgung und Gespräche über Reiseerleichterungen. Das Reisekonzept und die Zusammensetzung der Gruppe wurden von Moskau akzeptiert. Nicht genehmigt wurden hingegen das Gespräch mit dem KGB-Chef, Viktor Čebrikov, und der Besuch in dem gefürchteten Arbeitslager Perm' 36-1 mit der Begründung, dass für Ausländer der Zutritt verboten sei. In diesem Lager sollten sich immer noch 12 politische Häftlinge, darunter Mitglieder der MHG, befinden.<sup>631</sup> Dennoch war dieser Besuch ohne Präzedenzfall, eine Sensation. Beispiellos war nicht nur die Tatsache, dass eine der Sowjetunion gegenüber grundsätzlich kritische Organisation mit einem Erkundungsmandat von den offiziellen Stellen Moskaus zuvor kommend empfangen wurde, sondern auch, dass zwischen beiden Parteien in einer Atmosphäre des Dialogs ein Informationsaustausch über jene Bereiche stattfand, die früher hinter dem Schleier der Geheimhaltung verborgen bleiben mussten. Mit diesem Schritt legte Moskau sein altes Argument der Nichteinmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten endgültig *ad acta* und zeigte die Bereitschaft, einer der zentralen Forderungen der USA in Wien nachzukommen und zwar, die Helsinki-Netzwerke anzuerkennen und ihnen den ungehinderten Zugang zu einer eventuellen KSZE-Konferenz in Moskau zu ermöglichen. Die thematischen Schwerpunkte der Gesprächsrunden versprachen Fortschritte auch in den anderen Bereichen, insbesondere bei der Behandlung der Andersdenkenden und der Ausreisewilligen. Verheißungsvoll in diesem Zusammenhang verliefen die Begegnungen im Justizministerium und beim Institut für Staat und Recht. Im Innenministerium, im Gesundheitsministerium und im Serbskij-Institut für forensische und allgemeine Psychiatrie stieß die IHF hingegen auf eine Wand des Schweigens. Im Justizministerium war zu erfahren, dass 1986 allein im November 22 Personen auf Grundlage des Artikels 70 des StGB der RSFSR verurteilt wurden, im ersten Halbjahr 1987 hingegen nur noch zwei. Es wurden nicht nur Fürsprachen der IHF für Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR angehört und die Fragen beantwortet, sondern auch Listen von 240 Namen jener

<sup>631</sup> Hierfür wie für die folgende Darstellung der Reise wurden folgende Materialien benutzt: IHF: On Speaking Terms. An Unprecedented Human Rights Mission to the Soviet Union, Wien 1988; Voss, Eugen: Moskauer Gespräche. Notizen zur IHF-Reise vom 24. bis 29. Januar 1988 nach Moskau, in: G2W, Nr. 3, 1988, S. 14–22; sowie Bestände des IHF Archivs: Agenda for Meeting with the Soviet Public Commission for International Cooperation on Humanitarian Issues, in: OSA, F. 318, Subf. 3, B. 79; Korrespondenz zwischen IHF und sowjetischen Staatsvertretern und Notes for Moscow Trip sowie Memorandum of IHF-Delegation to Moscow, in: OSA, F. 318, Sbf. 5, B. 3 (Delegation to Moscow); Pressekommentare, in: OSA, F. 318, Sbf. 7, B. 5 (IHF Press Releases and Press Conferences, 1986–1988); vgl. auch MN vom 7. 2. 1988, S. 7.

Personen entgegengenommen, die sich noch in Haft befanden. Auch eine Liste mit den Namen von 800 sowjetischen Wissenschaftern, die nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten durften, nur weil sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten, wurde angenommen. Auch wenn die sozialistische Prämisse von der Priorität der Sozialrechte während dieser Begegnung aufrechterhalten blieb, sprachen die Vertreter des Sowjetstaates vom Individuum in einer anderen Art und Weise als früher.<sup>632</sup> Im Sowjet für religiöse Angelegenheiten und im Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit wurden bei der Diskussion kontroverser Fragen unterschiedliche Meinungen vertreten und Auskünfte gegeben, die man in ihrem Inhalt kaum für möglich hielt. Das, was in der Burlackij-Kommission diskutiert wurde, verglich Lev Timofeev, Vorsitzender des Presseklubs „Glasnost“, mit den fünf Jahre früher vorgebrachten Inhalten der Dissidenten, mit dem „kleinen Unterschied“, dass Letztere dafür „eingesperrt“ worden waren.<sup>633</sup> „[T]he division between loyal Party officials and dissidentes is no longer as clear as it used to be“, urteilte der abschließende Bericht der IHF über die neuen Verhältnisse in der UdSSR.<sup>634</sup>

Als Erfolg wurden darüber hinaus ungehinderte Begegnungen der IHF-Delegation mit den informellen Gruppen und mit Andrej Sacharov, dem Priester Gleb Jakunin und anderen Bürgerrechtsaktivisten verbucht. Die Reise zeigte auch, dass die unabhängigen gesellschaftlichen Vereinigungen bewusst Kontakt mit den westlichen Vertretern suchten,<sup>635</sup> und zwar nicht nur mit dem Ziel, um sie mit Informationen über die Lage der Menschenrechte in der UdSSR zu versorgen, sondern auch um ihre innenpolitische Stellung zu festigen und ihre eigenen Vorhaben durchzusetzen. Wie sehr der außenpolitische Faktor inzwischen das Verhältnis zwischen Parteistaat und unabhängigen Gruppen in der UdSSR bestimmte und die gesellschaftspolitische Stellung der Letzteren stärkte, zeigte das offizielle Treffen der IHF mit der Burlackij-Kommission im „Haus der Freundschaft der Völker“. Die IHF bat bei dieser Gelegenheit darum, auch die Vertreter der informellen Menschenrechtsgruppen zu den Gesprächen zuzulassen, was zuerst abgelehnt wurde. Die Mitglieder des Presseklubs „Glasnost“, Larisa Bogoraz, Lev Timofeev und Sergej Kovalev, wurden zunächst und, wie es sich zeigte, vergeblich gehindert, in einen Bus mit den IHF-Gästen einzusteigen, als diese von ihrem Hotel zu dem geplanten Treffen abgeholt wurden.<sup>636</sup> Dem Druck der IHF und

<sup>632</sup> Voss, Moskauer, S. 16.

<sup>633</sup> Ebd., S. 18.

<sup>634</sup> Hierfür wie für das Folgende: IHF, *On Speaking Terms*, Zitat auf S. 6.

<sup>635</sup> So ist aus dem Bericht über die Reise von Eugen Voss (Mitglied der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung) zu erfahren, dass auf die westlichen Vertreter im „Haus der Freundschaft der Völker“, wo das Treffen der Kommission und der IHF offiziell abgehalten wurde, die Hare-Krishna-Anhänger, orthodoxe Juden, Freunde des Presseklubs „Glasnost“ und Unbekannte, zum Teil mit Transparenten ausgestattet, warteten. Bemerkenswerterweise wurden sie von sowjetischer Seite toleriert. Vgl. International Helsinki Federation for Human Rights. Schweizerische Helsinki-Vereinigung/SHV. Moskauer Gespräche, 23.–29. Januar 1988, S. 19, in: OSA, F. 318, Sbf. 5, B. 7 (Moscow Trip, 1988).

<sup>636</sup> Hierfür wie für das Folgende ebd., S. 20ff.

dem Argument, es handle sich bei dem Presseklub „Glasnost“ um ein offizielles Mitglied der IHF, musste die Kommission auch dann nachgeben, als es zu dem öffentlichen Menschenrechtsdialog zwischen offiziellen Staatsvertretern und der IHF im „Haus der Freundschaft“ kam. Widerwillig hatte Burlackij das Wort an Lev Timofeev erteilen müssen. Damit wurde *de facto* diese unabhängige Menschenrechtsorganisation und mit ihr auch die anderen anerkannt.<sup>637</sup> Der Wunsch der sowjetischen Seite, einen möglichst positiven Eindruck bei der westlichen NGO zu hinterlassen, war größer als der Unwille, den ehemaligen Dissidenten zu begegnen. So war die offizielle Menschenrechtsgruppe nicht nur zu einer Duldung der unabhängigen „Konkurrenz“ gezwungen, sondern erklärte sich auch bereit, die von der IHF entgegengenommenen Namenslisten zu prüfen, wohl wissend, dass sie von Vereinigungen wie dem Presseklub „Glasnost“ stammten, also von jenen Gruppen, deren Tätigkeit man in der offiziellen Presse immer noch als kriminell und unglaublich darstellte und zu denen man jeglichen Kontakt ablehnte. Aus den gleichen Überlegungen zeigte man sich auch gegenüber den anderen gesellschaftlichen Aktivitäten als besonders liberal und unterließ es, die Demonstrationen informeller Gruppen während des Aufenthalts der IHF in Moskau aufzulösen. Die sowjetischen Staatsvertreter bemühten sich außerdem, die IHF-Delegationsteilnehmer davon zu überzeugen, den Vorschlag des Kremls zur Organisation einer Menschenrechtskonferenz in Moskau zu unterstützen.<sup>638</sup>

Diese erste Inspektion der IHF in Moskau, welche die bisherige Praxis, humanitäre Einzelfälle ausschließlich auf diplomatischer Ebene zu erörtern, ergänzte,<sup>639</sup> ließ die ersten Ansätze zur Errichtung eines Kontrollmechanismus im Bereich der Menschenrechte erkennen. Die Bilanz des Vertreters der schweizerischen Helsinki-Gruppe, Eugen Voss, dass alle Gespräche „ohne die geringste ideologische oder politische Konzession möglich waren“,<sup>640</sup> gab darüber hinaus ein deutliches Indiz für die begonnene Entideologisierung des Themas Menschenrechte in der Sowjetunion. Auf den Folgetreffen wurde diese Tendenz noch sichtbarer, aber auch der Umstand, dass es sich bei der Burlackij-Kommission um eine regierungsloyale Gruppe handelte, deren Mandat nicht darin bestand, die Umsetzung der Helsinki-Vereinbarungen durch den Staat zu überwachen, sondern der Welt den Wandel der sowjetischen Menschenrechtspolitik und damit die Mündigkeit der UdSSR zur Austragung einer KSZE-Menschenrechtskonferenz zu demonstrieren.

Ganz offensichtlich wurde dies Ende April 1988 im Palais Schwarzenberg, dem Tagungsort der laufenden KSZE-Verhandlungen in Wien, wo sich die Kommission während der zweiten Begegnung mit der IHF ganz besonders um Gespräche mit den Delegationen der NATO-Länder bemühte. Sie warb um Unterstützung für die laufenden Reformen in der UdSSR und lenkte dezidiert die Aufmerksamkeit auf die erreichten Liberalisierungsfortschritte. Nach dem persönlichen Ein-

<sup>637</sup> Vgl. auch die Darstellung von Burlackij, *Glotok svobody*, S. 149.

<sup>638</sup> IHF, *On speaking Terms*; Snyder, *Human Rights*, S. 200ff.

<sup>639</sup> Vgl. Voss, *Moskauer*, S. 22.

<sup>640</sup> Ebd.

druck des deutschen Vertreters in der IHF, Georg Brunner, versuchte die sowjetische Seite dabei, die Kooperation nach wie vor so zu steuern, dass sie ihr die „Anerkennung durch die IHF verschafft, die menschenrechtlichen Aktivitäten der IHF in Bezug auf die Sowjetunion neutralisiert und die Zusammenarbeit auf Sachgebiete konzentriert, die von den eigentlichen Menschenrechten recht entfernt sind“.<sup>641</sup> Die Kommission habe sich vordringlich für die künftige Kooperation zwischen ihr und der IHF interessiert und dabei nur wenig Bereitschaft gezeigt, über die ihr im Januar überreichte Liste von politischen Gefangenen, deren Glaubwürdigkeit sie nun anzweifelte, zu diskutieren.

Die von dem Treffen in Wien ausgehenden Impulse dürften dennoch für beide Seiten positiv gewesen sein. Der sowjetischen wurde wiederholt klar gemacht, dass die IHF nicht an einem Meinungsaustausch zum Thema Menschenrechte, sondern an der Lösung konkreter Fälle, also am Schicksal der verbliebenen politischen Gefangenen, von Refuseniks, von informellen Gruppen und von jenen, die wegen ihrer Überzeugung in psychiatrischen Anstalten immer noch festgehalten wurden, interessiert sei. Im Gegenzug beeindruckte die IHF-Vertreter trotz ihrer Kritik an der Kommission die „Sachlichkeit“ der Teilnehmer, der „Verzicht auf ideologische Floskeln und das Eingehen auf die westliche Denkweise“,<sup>642</sup> was zweifelsohne gute Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit schuf.

Mit einem vergleichbaren Ergebnis endete das erste bilaterale Treffen zwischen der Burlackij-Kommission und der amerikanischen Helsinki-Watch-Group im Mai desselben Jahres.<sup>643</sup> Während die Amerikaner auf die in Moskau überreichten Problemfälle vom Januar rekurrierten und die Legalisierung inoffizieller Menschenrechtsgruppen in den Vordergrund stellten, galt das Interesse der Burlackij-Kommission den Erklärungen und der positiven Darstellung des Treffens in den Medien. Die Begegnung bestätigte aufs Neue, dass die Hauptsorge der Kommission nicht die Menschenrechte, sondern die Unterstützung ihrer Regierung und einer Menschenrechtskonferenz in Moskau waren. Außerdem zeigte das Treffen, dass die Kommission sich mit dem Entstehen einer parteiinternen Fronde in der UdSSR im Verlauf des Jahres 1988 aus einer Opposition gegen die echten Menschenrechtsgruppen zu einer „legalen Opposition zur Bürokratie“, wie die Kommission sich selbst bezeichnete,<sup>644</sup> entwickelte, und ihre Aufgabe nun darin sah, dem Abbruch der Perestroika durch die konservativen Kräfte entgegenzuwirken.

Diese Feststellung störte jedoch kaum die Kooperation, die sich zwischen der Kommission und den westlichen NGOs fortsetzte und die Türen für die Inspektionen durch die Helsinki-Netzwerke in der Sowjetunion und für eine Entideologi-

<sup>641</sup> Notizen zur Begegnung (von Georg Brunner), in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79, S. 2. Die Darstellung dieses Treffens stützt sich auf diesen Bericht. Vgl. ergänzend den Bericht von Burlackij während des Briefings im sowjetischen Außenministerium am 5. 5. 1988, in: *Vestnik*, Nr. 10, 1988, S. 41–43.

<sup>642</sup> Notizen zur Begegnung (von Georg Brunner), in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79, hier S. 5.

<sup>643</sup> U.S. Helsinki Watch: Memorandum. Meeting with Soviet Public Commission for International Cooperation on Humanitarian Affairs and Human Rights. Paris, Mai 14–16, 1988, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79.

<sup>644</sup> U.S. Helsinki Watch, Memorandum, S. 13.

sierung des offiziellen Menschenrechtsdiskurses immer weiter öffnete. Dabei veränderte sich die Wahrnehmung der westlichen NGOs in der sowjetischen Öffentlichkeit merklich. Die früher als „berüchtigt“ oder „imperialistisch“ bezeichnete KSZE-Menschenrechtsnetzwerke wurden vom Kreml nun anerkannt. Unterließ die offizielle Presse Anfang 1988 noch eine Berichterstattung über die geschilderten Begegnungen, so konnte man bereits ein Jahr später kritische Berichte der westlichen Delegationen über ihren Aufenthalt in Moskau lesen. So kritisierte die Amerikanische Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nach ihrem Besuch der UdSSR im Februar/März 1989, währenddessen sie die Lage der Psychiatrieanstalten vor Ort prüfte, ganz offen die aktuelle Psychiatriepraxis in der UdSSR und argumentierte gegen die angestrebte Wiederaufnahme des 1977 ausgeschiedenen Sowjetischen Psychiaterverbandes in die internationale Assoziation der Psychiater.<sup>645</sup>

Es ist offensichtlich, dass Moskau mit der Bildung der Kommission einige ihrer Hauptziele verfehlt und nebenbei einen ungewollten positiven Effekt erzeugt hatte. Die Kommission konnte die transnationalen Helsinki-Netzwerke, die inzwischen über einen großen Einfluss auf die Delegationen der westlichen KSZE-Staaten verfügten,<sup>646</sup> für die Unterstützung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau zwar gewinnen; wenn auch aus ganz anderen Gründen als bei Burlackij, wurde die IHF zum Befürworter einer solchen Konferenz, allerdings unter der Bedingung, der Kreml komme allen Forderungen des Westens nach und sichere alle Fortschritte institutionell ab.<sup>647</sup> Doch statt informelle Menschenrechtsgruppen wie den Presseklub „Glasnost“ zu neutralisieren, stärkte die Tätigkeit von Burlackij dessen Stellung, und anstelle einer kontrollierten Beherrschung des Menschenrechtsdiskurses weitete sie dessen Formen aus. Wie keine andere auf der Parteebene trug diese Gruppe sogar der Verankerung der Menschenrechtsnormen, deren Geltungsanspruch sie selbst nicht in Frage stellte, im gesellschaftlichen Diskurs bei. Nicht nur im Begegnungsprozess mit den transnationalen Helsinki-Netzwerken, sondern auch in ihren öffentlichen Auftritten innerhalb der Union machte die Kommission den Tatbestand der Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR, wenn auch noch in beschränktem Maße, publik.<sup>648</sup> Dabei wurden die sozialistische

<sup>645</sup> MN vom 15. 10. 1989, S. 7. Der Sowjetische Psychiaterverband war 1977 aus der internationalen Assoziation der Psychiater ausgetreten, nachdem diese auf dem Weltkongress der Psychiater in Honolulu 1977 in einer Resolution den Psychiatriemissbrauch in der Sowjetunion verurteilt hatte. Der Besuch der Amerikanischen Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Sowjetunion 1989 war ein Teil der sowjetischen Konzessionen an die westlichen Teilnehmerstaaten infolge der KSZE-Konferenz in Wien, vor allem um deren Zustimmung für die Organisation einer Menschenrechtskonferenz in Moskau zu bekommen. Vgl. Lehne, *The Vienna*, S. 129.

<sup>646</sup> Vgl. Snyder, *Human Rights*.

<sup>647</sup> Ebd., S. 202.

<sup>648</sup> Burlackij und seine Gruppe wurden so zu Kritikern der bisherigen Praxis der strafrechtlichen Verurteilung wegen religiöser Ansichten und der Todesstrafe. Sie bemängelten immer mehr die unterlassene Implementierung der KSZE-Bestimmungen in der UdSSR. So kritisierte Burlackij in einem Briefing im MID am 5. 5. 1988, dass die sogenannten, in der KSZE-Schlussakte fixierten Rechte auf Meinungs- und Gewissensfreiheit die sowjetische Verfassung gar nicht vorsehe. Hierfür siehe: *Vestnik*, Nr. 10, 1988, S. 41–43.

Menschenrechtskonzeption und mit dieser die herrschende Staatsideologie zunehmend in Frage gestellt. Zu behaupten, ein solches am Anfang noch taktisches Einlassen auf den Menschenrechtsdiskurs habe die Sowjetideologie und die bestehende Ordnung erodiert, hieße, die Bedeutung der Burlackij-Kommission zu überschätzen; ihre Tätigkeit und Interaktionen mit den transnationalen Menschenrechtsgruppen trugen jedoch zur weiteren Auflösung der fragilen Grundfesten des schon in die Defensive geratenen Parteistaates zweifelsohne bei.

Auch die Gruppe selbst veränderte dabei ihr Profil. Die Evolution der Kommission von einem propagandistischen „Aushängeschild“ der neuen sowjetischen Menschenrechtspolitik hin zu einer liberalen, selbstkritischen und pro-Perestrojka agierenden Vereinigung stand indes Modell für die gleichzeitige Entideologisierung des Politischen und den Wertewandel eines Teils der Partielite. Im Sommer 1988 berichtete Burlackij auf einer Pressekonferenz in Williamsburg (Virginia) über ein neues, im Entwurf befindliches Religionsgesetz und gab zu, dass es keine wahren Menschenrechte ohne Gewissensfreiheit geben könne. Im gleichen Zuge sagte er, dass die sowjetische Intelligenz die Bedeutung der liberalen westlichen Tradition und die Grenzen der im eigenen Land über lange Zeit herrschenden Ideologie anerkenne.<sup>649</sup> Für diese stellte sich in der Tat nicht mehr die Frage, ob die im KSZE-Prozess vereinbarten Menschenrechtsnormen in der UdSSR gültig seien, sondern vielmehr, wie man diese institutionell verankern könne. In einem Interview mit der amerikanischen Wochenzeitschrift *Newsweek* am 26. September 1988 nannte Burlackij das Haupthindernis auf dem Weg zur Implementierung der individuellen Menschenrechte ins nationale Recht: Es gebe die innenpolitische Opposition, „the majority of legal specialists and representatives of various agencies“, die sich der Etablierung der freien Gesellschaft widersetze. Tatsächlich kam der Widerstand der Hüter des alten Systems umso deutlicher zum Vorschein, je mehr die ideologische Sicht der Menschenrechte und der Außenpolitik im offiziellen Diskurs aufgegeben wurde.

### 5.3 Vom Kollektiv zum Individuum: der Werteumbruch und die Entsakralisierung des Systems

Die Aufnahme der Kontakte mit den transnationalen Helsinki-Netzwerken Anfang 1988, das Aufnehmen von Kritik bis hin zur Akzeptanz von Kontrollen und Inspektionen sowie eine stillschweigende Hinnahme der Tätigkeit unabhängiger Bürgerrechtsgruppen in der Sowjetunion symbolisierten und intensivierten die Entideologisierung der Menschenrechtspolitik in der UdSSR. Die bemerkenswerteste Veränderung dabei war die sukzessive Übernahme der „Sprache“ der früheren Helsinki-Bewegung und der wiedergeborenen unabhängigen Bürgerrechtsgruppen in die offizielle Rhetorik, ohne jedoch zunächst die dissidentischen Positionen zu rehabilitieren oder die neuen Initiativen anzuerkennen. 1987 wurde die

<sup>649</sup> Burlatsky urges Freedom of Conscience in Soviet Union, in: OSA, F. 300, Sbf. 80, S. 2, B. 21 (Politics: Human Rights: General, 1988).

eigene Menschenrechtskonzeption auch keinesfalls in Frage gestellt. Noch im Mai 1988 versicherte der Vorsitzende der Ideologieabteilung, Andrej Gračev, den Journalisten auf einer Pressekonferenz im MID, dass ein ideologischer Kampf zwischen „sozialistischen“ und „bourgeoisen“ Ideologien auf dem Gebiet der Menschenrechte mit friedlichen Mitteln fortgesetzt werde und eine „Harmonisierung der Plattformen“ in der nahen Zukunft nicht zu erwarten sei.<sup>650</sup> Die bisherige Auffassung war dennoch bereits ins Wanken geraten, einerseits durch den Versuch, den lange Zeit propagierten Vorrang der sozioökonomischen Rechte durch die nun verkündete Gleichrangigkeit mit den freiheitlichen Rechten zu ersetzen,<sup>651</sup> andererseits dadurch, dass mit dem Rückgriff auf die allgemeinemenschlichen Werte der Mensch und die Idee des Humanismus hervortraten. Die Universalität der Menschenrechte, die der marxistisch-leninistischen Theorie fremd ist, wurde damit implizit anerkannt. Einer offensichtlichen Inkompatibilität des Primats der „Klasseninteressen der Werktätigen“ mit der Schlussfolgerung des „Neuen Denkens“, dass die gesamt menschlichen Werte den Vorrang vor anderen Werten und Interessen haben, hielten die Ideologen des Kremls noch entgegen, dass beide in einem „dialektischen Zusammenhang“ miteinander stehen würden.<sup>652</sup> Die ideologische Revision der Menschenrechtstheorie und der Rückzug der Ideologie aus dem offiziellen Diskurs waren mit dieser Erklärung jedoch nicht mehr zu unterbinden. Sie erfolgten in teils aufeinander folgenden, teils sich überlappenden Schüben und kamen, angetrieben durch die dargestellte wachsende gesellschaftliche Opposition, ganz besonders in den öffentlichen Auseinandersetzungen über die innenpolitischen Probleme mit der Benennung der früher gelegneten Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck.

Im Verlaufe des Jahres 1987 wurde die Kritik an der eigenen Vergangenheit und Gegenwart schärfer. Die als „Deformationen“ bezeichneten Fehlentwicklungen waren zum Hauptthema der publizistischen Debatten geworden. Die Presse berichtete über Fälle des Psychiatriemissbrauchs,<sup>653</sup> über Erpressung von Geständ-

<sup>650</sup> *Vestnik*, Nr. 12, S. 59–63, hier S. 63; eine ähnliche Aussage macht der Artikel „K novomu etapu meždunarodnogo sotrudničestva v gumanitarnoj oblasti“ von Kolosov, in: *SGiP*, Nr. 2, 1988, S. 95–102.

<sup>651</sup> Der Gedanke von der Gleichrangigkeit der sozioökonomischen mit den politischen Rechten war in Ševardnadzes Eröffnungsrede bei dem KSZE-Treffen in Wien am 5. 11. 1986 enthalten und wurde in den innenpolitischen Diskussionen weiterentwickelt. So sprach der führende Theoretiker und Angehörige der Akademie der Wissenschaften, Čchikvadze V.M., in einem Artikel vom Juli 1987 von der Notwendigkeit, die bisher gültige Hierarchie der Menschenrechte theoretisch dahingehend zu überdenken, dass eine Gleichwertigkeit aller Rechte und Freiheiten anstelle der früheren Priorisierung von sozioökonomischen Rechten hergestellt werde. Siehe Ševardnadzes Rede in: *SSSR v bor'be*, S. 441–448; Čchikvadze, V.M.: *O nekotorych meždunarodnyh aspektach problemy prav čeloveka*, in: *SGiP*, Nr. 7, 1987, S. 85–92.

<sup>652</sup> So etwa die Betonung von Wadim Sagladin, Gorbachevs Berater zu außenpolitischen Fragen, in: *Pravda* vom 13. 6. 1988, S. 6; vgl. auch schon die zuvor erwähnte *AiF* vom 25. 6. 1987, S. 1; vom 21. 11. 1987, S. 7; *SGiP*, Nr. 7, 1987, S. 85–92.

<sup>653</sup> *SK* vom 31. 1. 1987; *SR* vom 5. 4. 1987; *Pravda* vom 2. 1. 1988; *Izvestija* vom 7. 3. 1988.

nissen,<sup>654</sup> Justizskandale und andere Rechtswidrigkeiten. Die Verletzung von Menschenrechten, die Problematisierung der unterlassenen Implementierung der Helsinki-Vereinbarungen und Repressalien gegen Andersdenkende wurden dabei noch nicht oder nur sehr indirekt als Teil der allgemeinen „ungelösten Probleme“ angesprochen. Die niedrig dosierte Selbstkritik erfolgte einseitig und wurde im gleichen Schritt relativiert, indem man auf Parallelen mit der Lage der Menschenrechte in den kapitalistischen Ländern verwies und weiterhin von der Gerechtigkeit, ja der Vollkommenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung *a priori* ausging.<sup>655</sup> Diese Einseitigkeit hatte zur Folge, dass bei der Aufdeckung von Fehlentwicklungen die Schuld den anderen zugeschoben wurde – Stalin, Chruščev, Brežnev, der Bürokratie, dem Ressortdenken oder den korrupten Beamten. Dass die Mängel systembedingt waren, wollte der Staat noch nicht einsehen.

Verschleierte Eingeständnisse von Verletzungen der Menschenrechte, von persönlichen und politischen Freiheiten, waren dennoch seit Ende 1987 in den öffentlichen Debatten nicht mehr zu übersehen, während etwa die Amnestierung politischer Gefangener oder die Diskussionen über die Revision der berüchtigten Artikel 70 und 190 (1) des StGB der RSFSR bestätigte, was früher geleugnet wurde. Die vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR per Dekret am 5. Januar 1988 erlassene „Ordnung über die Bedingungen und das Verfahren der Leistung psychiatrischer Hilfe“<sup>656</sup>, der begonnene Rückzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan im Mai 1988, die publizistischen Diskussionen über die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes über die Gewissens- und Religionsfreiheit oder über die Überladung des Strafrechts mit repressiven Praktiken<sup>657</sup> waren ebenfalls Eingeständnisse.

Wie widersprüchlich jedoch die Aufdeckung der Menschenrechtsverletzungen erfolgte, illustriert die sowjetische Religionspolitik, die lange Zeit massiv vom Westen kritisiert wurde und bis Herbst 1988 eines der umstrittenen Themen der KSZE-Verhandlungen in Wien blieb. Eine Abkehr von der repressiven Politik und eine Hinwendung zu mehr Toleranz gegenüber den Gläubigen zeichneten sich in

<sup>654</sup> *Izvestija* vom 12. 9. 1987 und vom 26. 9. 1987.

<sup>655</sup> Stellvertretend sei hier auf folgende zwei Artikel verwiesen, deren Argumentation öfters in der Presse zu finden war: *Nedelja*, Nr. 42, 1987, S. 2; SGiP, Nr. 7, 1987, S. 85–92.

<sup>656</sup> Siehe Text in VVS SSSR, Nr. 2, 1988, Pos. 19; die Einordnung dieser Neuregelung in das sowjetische Recht und ihre Bewertung siehe bei Luchterhandt, Otto: Die psychiatrische Zwangsbehandlung in der UdSSR nach altem und neuem Recht, in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht 1988, S. 151–174.

<sup>657</sup> In einem wissenschaftlichen Diskussionsforum über die Probleme der Reformen der Strafgerichtsordnung im März 1987 wurde das Überhandnehmen repressiver Maßnahmen der sowjetischen Rechtssprechung seit dem Ende der 1960er sowie der Prestigeverlust der sowjetischen Justiz kritisiert. Der Direktor des Instituts für Staat und Recht, Sergej Kudrjavcev, verurteilte den hohen Anteil des Freiheitsentzugs, der in der Vergangenheit insgesamt 47% aller Strafen ausmachte, und problematisierte den mangelnden Schutz der Persönlichkeit des Täters, dem eine Rückkehr in die sowjetische Gesellschaft in der Regel erschwert bis verschlossen blieb. Siehe: SGiP, Nr. 8, 1987, S. 131–135. Selbst die Regierungszeitung *Pravda* deklarierte in einem Artikel vom 9. 10. 1987 die starke repressive Linie des Strafgesetzbuches mit dem Demokratisierungskurs des Landes als unvereinbar, hier S. 3.

der UdSSR bereits 1987/1988 ab.<sup>658</sup> Das Interview mit dem Leiter des Sowjets für religiöse Angelegenheiten, Konstantin Charčev, in der November-Ausgabe 1987 der atheistischen Zeitschrift *Nauka i Religija* schien neue Leitlinien der Religionspolitik zu versprechen.<sup>659</sup> Der mit der Überschrift „Garantien der Freiheit“ erschienene Artikel brachte zum ersten Mal eine Statistik – früher behauptete man, keine geführt zu haben – zur Zahl der religiösen Gemeinden und der religiösen Zeremonien in der UdSSR, was zunächst eine neue Offenheit demonstrierte. Charčev würdigte darin die positive Rolle der Kirche in der Perestroika und verurteilte den früheren „Krieg gegen die Religion“, die „Beschneidung und Verletzung der Rechte von Gläubigen“ als gesetzeswidrige „Anomalien“. Die gewaltsame Bekämpfung der Religion und die bürokratischen Maßnahmen gegen die Religionsgemeinschaften seien verfassungswidrig gewesen und mit den leninistischen Prinzipien unvereinbar, zu denen er nun zurückzukehren aufforderte. Zum 70. Jahrestag des leninistischen Religions- und Kirchendekretes erschien am 27. Januar 1988 von Charčev ein Artikel in der *Izvestija* unter der Überschrift „Die Gewissensfreiheit stärken“, in dem er den Kurs der sowjetischen Religionspolitik in den vorausgegangenen 70 Jahren zwar begrüßte, zugleich aber die Verletzung der Gewissensfreiheit in der UdSSR und der Rechte der Gläubigen gestand und die Notwendigkeit der Vervollkommnung der Religions- und Kultusgesetzgebung bekannt gab. Diese Linie wurde im Hinblick auf das Millennium der Russisch-Orthodoxen Kirche im Jahr 1988<sup>660</sup> auch in anderen Artikeln fortgesetzt, wobei die antikirchliche Politik sowie Verbote und Repressionen der Kirche durch die Partei harscher Kritik unterzogen wurden.<sup>661</sup>

Was diese neue, als Selbstkritik dargebotene Rhetorik auszeichnete und den Diskussionen über Fehlentwicklungen auch in anderen Bereichen dieser Zeit ähnelte, war die Idealisierung Lenins und des sozialistischen Systems, während die genannten „Defekte“ einen zufälligen Charakter erlangten. Es war daher von einer systemkonformen *Vervollkommnung* des schon Bestehenden, der sozialistischen Gesetzgebung und der Praxis die Rede – durch Liberalisierungen und Reformen, vor allem im Justizwesen. So demonstrierten die Rekonstruktion des Daniil-Klosters, seine Nutzung für die Millenniumsfeierlichkeiten, die Publikation religiöser Texte und Kunstbände, die Zusicherung, dass die Kultusgesetzgebung auch seitens des Staates eingehalten werde und schließlich der Empfang des Patriarchen Pimen im Kreml am 29. April 1988 durch Gorbačev den neuen Versöhnungskurs mit der Kirche und den Gläubigen. Mit diesen Schritten war aber nicht etwa die Bereitschaft des Parteistaates verbunden, die Steuerung und Kontrolle über die Religionsgemeinschaften aufzugeben. Davon zeugten nicht nur die ausgebliebe-

<sup>658</sup> Zur Entwicklung der Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbačev siehe: Roth, Paul: Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbatschow. Berichte des BIOst, Nr. 46, Köln 1989. Ausführlich verfolgte die Entwicklungen in diesem Bereich die in der Schweiz erscheinende Zeitschrift G2W.

<sup>659</sup> *Nauka i religija*, Nr. 11, 1989, S. 21–23.

<sup>660</sup> Im Juni 1988 fand die Tausendjahrfeier der Taufe der Rus' statt.

<sup>661</sup> Roth, Religions- und Kirchenpolitik.

nen Rehabilitierungen von politischen Gefangenen, die wegen religiöser Aktivitäten in den früheren Jahren inhaftiert worden waren, die Weigerung der sowjetischen Delegation in Wien bis in den Herbst 1988, bei der Religionsfreiheit auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen oder die schleppende, unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindende Vorbereitung des Gesetzesentwurfs „Über Gewissensfreiheit“,<sup>662</sup> sondern auch die Materialien der Moskauer Stadtpartei, welche in die Millenniumsfeierlichkeiten eingebunden war. In den Parteidirektiven aus dem Jahr 1988 stand z. B., dass die „Neue Herangehensweise [...] keineswegs eine ‚atheistische Entwaffnung‘ bedeutet“, sondern dass unter den neuen Bedingungen ganz im Gegenteil eine verstärkte atheistische Arbeit die Pflicht eines jeden Kommunisten sei.<sup>663</sup> Ein weiteres Schreiben gab zu bedenken, dass die alten, auf Konfrontation bedachten Methoden der Druck- und Gewaltausübung den neuen Bedingungen nicht mehr angemessen und stattdessen ein „kluger, delikater Dialog, Diskussion“, mit der Kirche gefragt seien.<sup>664</sup> Erst seit 1989 begann die atheistische Propaganda aus den sowjetischen Medien zu verschwinden. Die gesetzlichen Grundlagen für die freie Religionsausübung wurden allerdings erst im Oktober 1990 unter Druck der auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien unterschriebenen Neuverpflichtungen geschaffen.<sup>665</sup>

Auch wenn die öffentlichen Debatten über die Verletzung der Rechte von Gläubigen sowie die Vernachlässigung anderer politischer und persönlicher Rechte die Einsicht in die Notwendigkeit einer gesetzlichen Verankerung der Menschenrechte und Freiheiten zur Folge hatten, an dem Wesen des Sozialismus und an der sozialistischen Konzeption der Menschenrechte wurde weiterhin verbal festgehalten, während die Ursachen für die Fehler in der Vergangenheit außerhalb des Systems gesucht wurden. Über seine früheren Verbrechen zeigte der Staat noch keinerlei Reue. Die Rehabilitierung von Opfern der politischen Unterdrückung, wie sie seit dem Politbürobeschluss des ZK der KPdSU vom 11. Juni 1988 erfolgten,<sup>666</sup> gingen nicht über die Zeit der 1950er Jahre hinaus. Die Aufhebung einzelner Urteile und Entscheidungen über die Andersdenkenden der späteren

<sup>662</sup> Vgl. Roth, Religions- und Kirchenpolitik, S. 47 ff.; Roth, Glasnost, S. 213–218. Am 19. 7. 1989 nannte die TASS 18 Gesetzesentwürfe, die an die zuständigen Organe des Parlaments geleitet werden sollten. An der letzten Stelle dieser Liste befand sich der Entwurf über die Gewissensfreiheit. Roth, Glasnost, S. 222.

<sup>663</sup> Vzaimootnošenija gosudarstva i cerkvi, in: CAOPIM, f. 4, op. 220, d. 2375, l. 11.

<sup>664</sup> Čto my dolžny protivopostavit' neoslavavajuščemu interesu ljudej k cerkvi, k potrebnosti k potustoronnej pomošči, in: CAOPIM, f. 4, op. 220, d. 2375, l. 51.

<sup>665</sup> Siehe Teil IV.

<sup>666</sup> In Übereinstimmung damit verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 16. 01. 1989 einen Erlass „Über zusätzliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit in Beziehung zu den Opfern der Repressionen, die in der Periode der dreißiger/ vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre stattfanden“. Zur Geschichte der Rehabilitierungen siehe: Kononov, Anatolij: Zur Geschichte der Annahme des Gesetzes „Über die Rehabilitierung der Opfer von politischen Repressionen im russischen Parlament“, in: Roginskij, Arsenij (Hrsg.): Russland heute: von innen gesehen. Politik, Recht, Kultur, Moskau/Bremen 1993, S. 77–92.

Jahre sollte erst 1991 erfolgen.<sup>667</sup> Die Frage nach dem sicheren Schutz der Persönlichkeit vor den Übergriffen der Bürokratie und damit des Staates wurde im Verlauf des Jahres 1988 dennoch zu einem breit diskutierten Thema, nicht zuletzt, weil die vielen informellen Gruppen und die Kommission von Burlackij dafür sensibilisierten. Dabei distanzierten sich die öffentlichen Diskussionen umso mehr von den ideologischen Vorbehalten, je weiter die Entsakralisierung der sowjetischen Geschichte und die Diskussion über die Verbrechen der Vergangenheit voranschritten.<sup>668</sup> In der Publizistik setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass ein Individuum kein Untertan des Staates, sondern ein Selbstzweck sei und dass Staat und Bürger in einem wechselseitigen Rechtsverhältnis miteinander stünden. Dabei sei der Staat verpflichtet, die Grund- und Menschenrechte des Einzelnen zu garantieren. Damit wurde jeder Einzelne zu einem souveränen Subjekt aufgewertet.<sup>669</sup> Dass nun der Staat Verantwortung gegenüber den Bürgern zu tragen und dafür zu sorgen hatte, dass die Garantien für die Rechte und Freiheiten verstärkt werden, war neu. Diesem Zweck sollte die Rechtsreform dienen, wie sie in der achten These zu der XIX. Parteikonferenz 1988 angekündigt wurde.<sup>670</sup> Dort hieß es wörtlich:

„[N]icht nur die Bürger gegenüber dem Staat [tragen] Verantwortung, sondern auch der Staat [trägt] Verantwortung vor den Bürgern. Er ist verpflichtet, eine beständige Sorge um die Festigung der Garantien der Rechte und Freiheiten der Sowjetmenschen an den Tag zu legen. [...] Dies betrifft die Schaffung der materiellen und rechtlichen Bedingungen für die Realisierung der verfassungsmäßigen Freiheiten (Freiheit der Meinung, der Presse, der Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzüge und Demonstrationen, die Freiheit des Gewissens usw.). Dies betrifft auch die Festigung der Garantien der persönlichen Rechte des Bürgers (Unverletzlichkeit der Person, Wohnung, Geheimnis von Korrespondenz, Telefongespräche usw.).“<sup>671</sup>

Die Parteikonferenz fasste zwar noch keinen Beschluss zu den Menschenrechten, Gorbačevs Bericht an die XIX. Parteikonferenz stellte allerdings nach der damaligen Einschätzung des Rechtswissenschaftlers Otto Luchterhandt eine Zäsur in der sowjetischen Menschenrechtspolitik dar.<sup>672</sup> Seine Rede enthielt zum ersten Mal

<sup>667</sup> Was die offiziellen Stellen verpassten, holten symbolisch die informelle und zeitversetzt die liberale Presse nach. Blätter wie *Moskovskie Novosti* oder *Ogonjek* trugen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit bei, indem sie die Widerwärtigkeit und die Unrechtmäßigkeit einzelner Verurteilungen öffentlich machten und die Opfer zu Wort kommen ließen. So erfolgte die Rehabilitierung des Schriftstellers Julij Daniël, der für die Publikation seiner Werke unter dem Pseudonym Nikolaj Aržak zusammen mit Andrej Sinjavskij 1965 verhaftet und im Februar 1966 wegen „antisowjetischer Propaganda“ zu fünf Jahren Haft in Arbeitsbesserungskolonien mit verschärftem Regime verurteilt wurde, in einem Interview der Zeitung MN vom 11. 9. 1988, S. 16. Auch Sacharov und seine Familie wurden durch diese Zeitung bereits am 15. 5. 1988 „rehabilitiert“.

<sup>668</sup> Altrichter, *Der Zusammenbruch*, S. 546ff.

<sup>669</sup> *Pravda* vom 9. 10. 1987, S. 3, vom 3. 5. 1988, S. 3; *Perestroika i prava človeka*, in: *Nedelja*, Nr. 42, 1987; *Boľšinstvo vseġda pravo?*, in: *Novoe vremja*, Nr. 42, 1987.

<sup>670</sup> Zur XIX. Parteikonferenz, ihren Thesen und Beschlüssen siehe Kapitel 6.1.

<sup>671</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 3f.; den Thesenkatalog siehe in: *Pravda* vom 27. 5. 1988. Zu den Thesen allgemein siehe: Meissner, *Gorbatschow am „Rubikon“ I*, S. 981–1001.

<sup>672</sup> Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 55.

einen gesonderten Unterabschnitt „Perestroika und Menschenrechte“. Sie erklärte die Sicherung der sozialen in einer neuen Einheit mit den bürgerlichen und persönlichen Rechten als Garantie für die Unumkehrbarkeit der Perestroika zum Ziel der Reform des politischen Systems.<sup>673</sup> Bemerkenswert war dabei Gorbachevs Verzicht auf eine Polemik nach außen, was im Übrigen auch in den staatlichen Medien im Verlauf des Jahres 1988 zu beobachten war<sup>674</sup> sowie die Bezeichnung aller Gläubigen vor den 4991 Delegierten als „vollwertige Bürger der UdSSR“.<sup>675</sup>

Die Aufnahme solch „dissidentischer“ Gedanken in die offizielle Rhetorik revidierte die bisher geltenden Grundsätze der sozialistischen Ideologie und der Menschenrechtskonzeption, die das Individuum als Objekt des Staates, des Kollektivs und der Klasse behandelten. „Individuum“, „Persönlichkeit“, „Menschliche Würde“, „Demokratie“, „Gesetzlichkeit“ usw. waren Begriffe, welche, mit einem neuen Sinngehalt gefüllt, die propagandistischen Floskeln, die auf Konfrontation bedachte alte Rhetorik ablösten. Mit der verlautbarten Kritik an der sowjetischen Rechtssprechung und Gesetzgebung tauchten in der Presse 1987 zum ersten Mal der Begriff „Rechtsstaat“ und bald darauf die Formel „Präsumtion der Unschuld“<sup>676</sup> auf, die bisher als Konzepte der bürgerlichen Staatslehre galten und von der sowjetischen Rechtswissenschaft abgelehnt wurden.<sup>677</sup> Die verbale Übernahme dieser Begriffe durch Staatsvertreter bildete den Rubikon im Entideologisierungsprozess der sowjetischen Politik. Sie signalisierte zugleich die Bereitschaft, von den Erfahrungen der bürgerlichen Staaten zu lernen.

Zeitgleich erkannte die Sowjetunion die Menschenrechte als ein legitimes Thema der internationalen Diplomatie und die Rechtmäßigkeit der westlichen Kritik an der Menschenrechtslage in der UdSSR an. Nicht nur in den Kontakten zwischen Burlackij und den westlichen Menschenrechtsnetzwerken, auch in bilateralen Gesprächen mit den USA und bei den Verhandlungen zum Abrüstungsprozess akzeptierte der Kreml, dass ungelöste Fälle von Menschenrechtsverletzungen (insbesondere die Fälle der Familienzusammenführung bzw. der Ausreisefreiheit) regelmäßig auf der Tagesordnung standen.<sup>678</sup> Es wurde sogar eine amerikanisch-sowjetische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit Menschenrechtsfragen

<sup>673</sup> Text: O chode realizacii rešenij XXVII s'ezda KPSS i zadačach po uglubleniju perestrojki. Doklad General'nogo sekretarja CK KPSS tovarišča Gorbačeva M.S., in: *Pravda* vom 29. 6. 1988.

<sup>674</sup> Enthielten die Parteizeitungen noch 1987 beinahe in jeder Ausgabe „enthüllende Materialien“ über die Lage der Menschenrechte in den westlichen Gesellschaften, so nahmen solche polemischen Angriffe vor allem nach dem vierten Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbachev im Mai 1988 ab.

<sup>675</sup> SZ vom 29. 6. 1988, S. 3.

<sup>676</sup> Diese Formel, auch als „Unschuldsvermutung“ bekannt, besagt, dass bis zum rechtlichen Nachweis einer Schuld von der Unschuld des Angeklagten auszugehen ist.

<sup>677</sup> Vgl. etwa folgende Artikel: *Kommunist*, Nr. 5, 1987, S. 3–12; *Pravda* vom 14. 3. 1988, S. 4, vom 3. 5. 1988, S. 3, vom 23. 6. 1988, S. 2, vom 2. 8. 1988, S. 2; LG vom 8. 6. 1988, S. 11; vgl. auch Luchterhandt, Die Sowjetunion, S. 4ff.

<sup>678</sup> Zunächst erfolgte dies widerwillig, denn, wie Richard Schifter berichtet, die US-Regierung konfrontierte Moskau bei jeder Gelegenheit mit der Menschenrechtsproblematik und stieß 1987 noch auf wenig Bereitschaft zum Dialog. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 143.

befasste. Deren Vertreter trafen sich regelmäßig alle sechs Wochen in der ersten Jahreshälfte 1988, um konkrete Fälle zu lösen.<sup>679</sup> Im Herbst 1988 war Moskau schließlich der Auffassung, dass Dissidenten, die in Haft seien, als politische Gefangene zu gelten hätten.<sup>680</sup> Eine Wegmarke in diesem Prozess war das vierte Gipfeltreffen zwischen den USA und der UdSSR in Moskau Ende Mai/Anfang Juni 1988, bei dem das Thema Menschenrechte viel Platz einnahm.<sup>681</sup> Während dieser Zeit wurde die sowjetische Initiative bekannt, eine gemeinsame Menschenrechts-Parlamentarier-Kommission aus Mitgliedern des Kongresses und des Obersten Sowjets zur Untersuchung gemeinsamer Probleme zu bilden, welche im Gegensatz zum Moskauer Vorstoß auf der KSZE-Konferenz in Wien Anklang im Weißen Haus fand und bereits im November des gleichen Jahres mit dem ersten sowjetisch-amerikanischen Seminar über Menschenrechte verwirklicht wurde. Die sowjetische Seite diskutierte bei dieser Gelegenheit gemeinsam mit den Mitgliedern der amerikanischen Helsinki-Kommission die Implementierungsprobleme des Korbes III der KSZE-Schlussakte in der Sowjetunion.<sup>682</sup> Ein ähnlicher Dialog wurde auch mit den anderen westlichen Regierungen geführt, allen voran mit Großbritannien.<sup>683</sup>

Diese Interaktionen, die geschilderte publizistische Debatte über die „Fehlentwicklungen“ der bisher als perfekt geltenden sozialistischen Gesellschaftsordnung und die Aufwertung der Grund- und Menschenrechte zu subjektiven Rechten gegenüber dem Staat erschütterten die ideologischen Grundfesten des Systems und lösten die ohnehin schon fragilen Bestandssicherheiten des Parteistaates auf. Es war dabei unübersehbar, dass Menschenrechte in der UdSSR einen höheren Stellenwert zu erlangen begannen, während zuvor geltende Prinzipien und Normen an Gültigkeit und Bindungskraft verloren. Vladimir Nazarov, Mitglied der „Kommission für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte“, bezeichnete in einem Interview der *Komsomol'skaja Pravda* am 16. April 1988 die noch vor kurzem in der Sowjetunion als Axiome geltende Behauptung, es seien im Sozialismus alle Menschenrechte kraft Gesellschaftsordnung automatisch verwirklicht, als ein Stereotyp. Die Jahrzehnte alte Lüge von dem „historischen Verdienst“ des Sozialismus, allen anderen Gesellschaftssystemen bei der Gewährleistung der Menschenrechte überlegen zu sein, wurde damit öffentlich beseitigt. Mit den Fragen der Historiker, warum man so gebaut habe, dass man jetzt umbauen müsse, ob es Alternativen zum Sozialismus gegeben habe und vor allem, ob ein „demokratischer Sozialismus“ mit der Garantie von persönlichen Freiheitsrechten, Wür-

<sup>679</sup> Die sowjetische Seite wurde durch Anatolij Adamišin vertreten. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 94, 133, 144, 149.

<sup>680</sup> AdG 1988: 32788.

<sup>681</sup> So konnte der amerikanische Präsident zum ersten Mal vor sowjetischen Studenten der Lomonosov-Universität eine Rede über die amerikanischen Ideale der Demokratie halten und in der amerikanischen Botschaft offiziell etwa 40 Vertreter aus der unabhängigen Menschenrechtsbewegung empfangen. Mehr zu Reagans Moskau-Aufenthalt siehe: Snyder, *The Helsinki Process*, S. 283–287; Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 149.

<sup>682</sup> *Izvestija* vom 26. 11. 1988, S. 6.

<sup>683</sup> Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 125.

de und Demokratie überhaupt möglich sei, wurde der Marxismus-Leninismus als tragende Staatsideologie immer mehr in Zweifel gezogen.<sup>684</sup> Selbst die Partei schien sich an ihren bisher unanfechtbaren Losungen zu stören. So sprach sich die Abteilung für Propaganda und Agitation der Moskauer Stadtpartei im Frühjahr 1988 für die Demolierung der „unangebrachten Rhetorik“ in den öffentlichen Räumen aus. Es waren die Parteifunktionäre, die empfahlen, solche über Jahrzehnte geltende Beschwörungen und Losungen, wie „Der Kommunismus wird siegen!“, oder „Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion!“, von den Dächern der großen Häuser und zentralen Plätze der Hauptstadt zu demontieren.<sup>685</sup>

Es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, dass der hier skizzierte offizielle Menschenrechtsdiskurs den Wertewandel der gesamten Parteielite dokumentiere. Die voranschreitende Entideologisierung spaltete vielmehr den Parteiapparat, sodass bereits zum Sommer 1988 die Trennlinie nicht mehr ausschließlich zwischen dem Parteiapparat und der Gesellschaft verlief, sondern zunehmend zwischen den Anhängern und Gegnern des weiteren Liberalisierungsprozesses, zwischen Befürwortern der allgemeinmenschlichen Werte und Anhängern des Grundsatzes vom Klassenkampf. Damit entbrannte der Streit darüber, was an die Stelle des entstandenen ideologischen Vakuums treten sollte. Schließlich boten die wachsende Popularität der „westlichen Werte“, aber auch die nationalpatriotischen Ideen, wie sie die „Gedenken“-Bewegung propagierte, eine ernst zu nehmende Konkurrenz gegenüber der staatstragenden Ideologie des Marxismus-Leninismus.<sup>686</sup>

#### 5.4 Parteiinterne Widerstände und die Aufwertung völkerrechtlicher Normen

Während der gesellschaftliche Protest meistens eine kritische Opposition „von links“ darstellte, die für eine radikale Demokratisierung bzw. für die Transformation des bestehenden Systems in einen pluralistischen Staat nach westlichem Vor-

<sup>684</sup> Hier zog vor allem der Aufsatz des Philosophen Aleksandr Cipko über die Quellen des Stalinismus in der Zeitschrift *Nauka i žizn'* breite Kreise sowie der Historiker Jurij Afanas'ev mit seinem Artikel „Die Perestroika und das Geschichtswissen“ in der Zeitung *Literaturnaja gazeta*. Vgl. *Nauka i žizn'*, Nr. 11, 12, 1988; Nr. 1, 2, 1989; LG vom 17. 6. 1988; vgl. hierzu auch *Pravda* vom 25. 6. 1988, S. 3, vom 26. 7. 1988, S. 3.

<sup>685</sup> Spravka o dal'nejšem soveršenstvovanii chudožestvenno-političeskogo oformlenija g. Moskvy, in: CAOPIM, f. 8723, op. 218, d. 141, l. 60f. Die auf den Dächern von großen Häusern prangenden Sprüche gehörten zum gewöhnlichen Bild einer sowjetischen Stadt.

<sup>686</sup> Der Wertestreit wurde am offensichtlichsten im Bereich der Kultur bzw. in den „dicken Zeitschriften“ ausgetragen, wobei die national-konservativen Autoren und Redakteure in einer Allianz mit den altstalinistischen Dogmatikern aus dem Parteiapparat zusammenwirkten und zum Teil die „Gedenken“-Bewegung in Schutz nahmen. Zu den national-patriotischen Zeitschriften wurden folgende gezählt: *Molodaja gvardija*, *Naš sovremennik*, *Literaturnaja Rossija*, *Leningradskaja pravda*, *Moskovskij literator*, *Moskva*. Dazu mehr bei: Hielscher, Karla: Das Gespenst der „Russophobie“. Schriftsteller als treibende Kraft des ideologischen Antisemitismus, in: Koenen, Gerd/Hielscher, Karla: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Hamburg 1991, S. 51–81; Menzel, Birgit: Streitkultur oder „literarischer Bürgerkrieg“? Der sowjetische Literaturbetrieb und die Perestrojka, in: Ost-europa, Nr. 7, 1990, S. 606–620; Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 543–551.

bild eintrat und innerhalb der Partei mit Boris El'cin und dem ZK-Sekretär, Aleksandr Jakovlev, präsentiert wurde, bildete sich als Reaktion darauf ein Widerstand der Konservativen „von rechts“ heraus. Dieser wurde vom zweiten ZK-Sekretär und Mitglied des Politbüros Egor Ligačev personifiziert und nahm vor allem an den Ausmaßen und Auswirkungen von Glasnost den Anstoß.<sup>687</sup> Er widersetzte sich einer Auseinandersetzung mit der verbrecherischen sowjetischen Vergangenheit, lehnte die Orientierung an westliche Werte, die er der Preisgabe des Sozialismus gleichsetzte, ab und versuchte, mit einem härteren Durchgreifen gegen die gesellschaftlichen Aktivitäten bereits im Sommer 1988 die voranschreitende Demokratisierung rückgängig zu machen. Je mehr jedoch die parteiinterne Opposition zum Vorschein kam, umso stärker musste sich die Gorbatschow-Führung dem Westen zuwenden und die Relevanz des KSZE-Prozesses für seine Reformen überdenken.

Ein parteiinterner Richtungsstreit trat bereits mit dem erwähnten kritischen Auftritt von Boris El'cin auf der Plenartagung des Zentralkomitees im Oktober 1987 hervor. Er kostete El'cin seine Stellung als Parteichef, brachte ihn aber zugleich an die Spitze der Reformbewegung. Nach dem Fall von El'cin verschärfte sich die innerparteiliche Auseinandersetzung über den richtigen Kurs der Perestroika, und die Einheit der „Kollektiven Führung“ bekam erste Risse. Waren bisher Gegner der Perestroika um die eigenen Privilegien besorgte Bürokraten, so traten sie im Verlauf des Jahres 1988 aus der Position des passiven Widerstands heraus und bekamen ein „Gesicht“.

Mit dem Mythos von der Einheit der kommunistischen Partei räumte in aller Öffentlichkeit der am 13. März 1988 in der Rubrik „Polemik“ der Tageszeitung *Sovetskaja Rossija* erschienene lange Brief von der bis dahin unbekannten Leningrader Chemie-Dozentin Nina Andreeva mit der Überschrift „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“ auf. Es war ein Plädoyer für die Prinzipien des Sozialismus. Der in neo-stalinistischen Tönen verfasste Brief einer Hochschullehrerin aus Leningrad, die sich um den Werteverfall und die ideologische Desorientierung der Jugend infolge von Glasnost besorgt zeigte, stellte auf den ersten Blick eine eher gewöhnliche Polemik der konservativen Zeitung *Sovetskaja Rossija* dar, die ein Organ des Zentralkomitees der KPdSU war.<sup>688</sup> Als Hochschullehrerin sorgte sie sich, so die Argumentation der Verfasserin, um die Erziehung der „orientierungslosen sowjetischen Jugend“, die unter dem Vorwand der „Verbesserung des Sozialismus“ in den medialen Einfluss der „fremden westlichen Ideologie“ gerate, ihren Glauben an die Grundfesten des Marxismus-Leninismus, an das Klassenbewusstsein verliere und zunehmend zu nihilistischen Stimmungen neigend in den Schoß der „linken Kosmopoliten“ falle. Die Hauptkritik des offenen Briefes

<sup>687</sup> Vgl. Altrichter, Russland, S. 124.

<sup>688</sup> Deutsche Übersetzung des Textes in: Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite Etappe hat begonnen. Eine Debatte über die Zukunft der Reformpolitik, Köln 1988, S. 155–177; zur Interpretation des Nina-Andreeva-Briefes siehe auch: Altrichter, Russland, S. 82–90; Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 990–995.

richtete sich gegen die Perestroika und gegen die geschilderten gesellschaftlichen Prozesse und Diskurse. An den Schriftsteller und Vertreter des konservativen Lagers Aleksandr Prochanov anknüpfend, teilte die Verfasserin die Perestroika-Bekenner in zwei ideologische Strömungen auf, welche auf „sozialistische Werte einschlagen“. Jene Neoliberalen, die sich im „nationslosen Internationalismus“ und Meinungspluralismus üben, mit den humanistischen Ideen sympathisieren, dem „proletarischen Kollektivismus“ den „Selbstwert der Persönlichkeit“ entgegenstellen und behaupten, „wir hätten nicht den richtigen Sozialismus aufgebaut“, bezeichnete Andreeva schlechthin als „Nachkommen der gestürzten Klasse“, warf ihnen die „Geschichtsfälschung“, „Trotzkismus“, „mangelnden Patriotismus“ und „Verrat an der Klasse und an der Nation“ vor. Der zweiten Richtung der „traditionalistischen Neoslawophilen“ wurde indes unterstellt, eine Rückkehr „zu den gesellschaftlichen Formen des vorsozialistischen Russlands“ anzustreben, um „den Sozialismus durch Rückwärtsbewegung zu überwinden“. Die zahlreichen informellen Vereinigungen, die sich im Fahrwasser dieser zwei Richtungen ausgebildet und auf der Grundlage des „nichtsozialistischen Pluralismus“ politisiert hätten, und die Debatten über die „Gewaltenteilung“ auf der Basis eines „parlamentarischen Regimes“, über „freie Gewerkschaften“ und „autonome Verlage“ beschrieb Andreeva als eine Gefahr für die sowjetische Jugend und für die führende Stellung der Partei. Sie selbst entpuppte sich dabei nicht nur als eine militante Stalinistin, sondern auch als Antisemitin.

Doch Furore machte weniger der Inhalt des Briefes, sondern vielmehr die Autorenschaft dieser offensichtlichen Frontstellung gegen Gorbačëvs Liberalisierungskurs im Vorfeld der Parteikonferenz und die Aufwertung des Artikels zum Anti-Perestroika-Manifest in der Zeit, in der Gorbačëv sich zu einem mehrtägigen Besuch in Jugoslawien aufhielt. Die zahlreichen Verweise einer Chemielehrerin auf die Memoiren Winston Churchills, Charles de Gaulles, die Kenntnis von Exilliteratur verrieten einen Ghostwriter. Später wurde behauptet, Nina Andreeva habe lediglich einen viel kürzeren Leserbrief an die Zeitung geschickt, welcher auf Empfehlung Egor Ligačëvs professionell bearbeitet und in der bekannten Form in der Sonntagsausgabe veröffentlicht wurde. Am nächsten Tag hatte er vor Journalisten das Pamphlet als „ein Beispiel, dem gefolgt werden könnte“, gelobt, es zum Nachdrucken und zur Diskussion empfohlen.

Erst nach Gorbačëvs Rückkehr aus Jugoslawien und im Zuge der Feststellung, dass der Andreeva-Brief nicht nur breite Unterstützung in der Partei erfuhr, sondern auch, wie für ein wichtiges Parteidokument üblich, in den regionalen Zeitungen nachgedruckt worden war, wurde das Politbüro am 24. und 25. März zusammengerufen. Zwar beschworen noch alle Politbüromitglieder ihre Einheit und Treue gegenüber den Richtlinien des April-Plenums von 1985 und dem Perestroika-Kurs. An ihren Einzelaussagen über den Artikel wurde aber die Polarisierung der Partei in orthodoxe Konservative, für die die aktuellen Diskussionen um die Zukunft des Landes eine „Verleumdung“ der Vergangenheit und des Marxismus-Leninismus darstellten, und Liberale, die für die „ganze Wahrheit“ waren, personifiziert durch Egor Ligačëv, Vitalij Vorotnikov, Andrej Gromyko, Viktor

Čebrikov auf der einen und Aleksandr Jakovlev, Édouard Ševardnadze und Vadim Medvedev auf der anderen Seite, offensichtlich und unvermeidlich.<sup>689</sup> Die innerparteilichen Differenzen konnten auch vor der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit nicht mehr verborgen werden. Und sie traten noch deutlicher hervor, als am 5. April, ebenfalls in der Parteizeitung *Pravda*, unter der Überschrift „Grundsätze der Perestroika: Revolutionäres Denken und revolutionäre Handlungsweise“<sup>690</sup> eine von Jakovlev und Medvedev vorbereitete Antwort auf den Andreeva-Brief erschien. Die darin anonym verkündete Botschaft an die Reformwidersacher war unmissverständlich: Die konservative dogmatische Haltung entbehre jeglichen konstruktiven Inhalts und stehe im Widerspruch zum Wesen der Perestroika; das „alte Denken“ loszuwerden sei zwar schwierig, ein „zurück“ gebe es aber nicht, sondern wäre „katastrophal“, denn ohne radikale Maßnahmen sei die Rückkehr zu den „wahren Leninistischen Prinzipien“ nicht möglich. Der *Pravda*-Artikel verurteilte den Andreeva-Brief als „ideologische Plattform, als Manifest der sich gegen die Umgestaltung wendenden Kräfte“, als „eine ihrem Wesen nach konservative und dogmatische Position“, als einen Versuch, „die Parteibeschlüsse allmählich zu revidieren“. Er verteidigte die neue Meinungs- und Pressefreiheit, warf den Redakteuren der *Sovetskaja Rossija* aber gleichzeitig verantwortungsloses Handeln vor. Zehn Tage später übte die *Sovetskaja Rossija* Selbstkritik, indem sie den *Pravda*-Artikel abdruckte und am 15. April die Veröffentlichung des Briefes von Andreeva als Fehler bezeichnete. Erst nach diesem Signal von „ganz oben“ richtete sich auch die übrige Presse gegen den Andreeva-Artikel und gegen die dahinterstehenden konservativen Kräfte des Parteiapparates. Es folgte eine Flut von Redaktionsbriefen und Diskussionen, die dem eingeschlagenen Perestroika-Kurs ihre Unterstützung bekundeten.

Dass die offizielle Presse auf Andreeva erst mit einem „solidarischen Schweigen“ reagierte,<sup>691</sup> zeigte, wie unselbstständig und unfrei sie 1988 noch war. Entgegen ihren ursprünglichen Intentionen hatten jedoch die Apologeten der alten Ordnung mit der „Andreeva-Affäre“ Gorbačev mehr genutzt als geschadet, während die vermeintliche Autorin zum Inbegriff des alten Systems und ihr Vorname „Nina“ zur allegorischen Versinnbildlichung seiner Überreste wurde. „Hätte es keine Nina Andreeva gegeben“, notierte schon damals Anatolij Černjaev in seinem Tagebuch, „dann hätte man sie erfinden müssen.“<sup>692</sup> Durch das taktische Manövrieren und nicht ohne Hilfe seitens der liberalen Medien konnte Michail Gorbačev die Konservativen damals in die Defensive drängen. In diesem Zusammenhang ist die Vorverlegung und die Durchführung der ursprünglich für 1989 eingeplanten

<sup>689</sup> Text der Auseinandersetzung in: Gorbatschow, Gipfelgespräche, S. 233–254.

<sup>690</sup> Deutsche Übersetzung des Textes in: Gorbatschow, Perestroika, S. 179–205.

<sup>691</sup> Eine Ausnahme war wohl der Artikel von Levikov A.: Bor'ba i vera, in: *Moskovskie Novosti* vom 27. 3. 1988.

<sup>692</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 181; auch Gorbačev spricht von einer „objektiven Hilfe“ von Andreeva, die dazu beigetragen habe, „Klarheit über die Positionen zu verschaffen“. Gorbačev, *Žizn'*, Bd. 1, S. 387.

XIX. Parteikonferenz auf den Juni 1988 zu sehen.<sup>693</sup> „Nina-Andreeva“ war aber auch deshalb von Bedeutung, weil nach dieser Affäre die parteiinternen Widerstände immer unverhohlener hervortraten und damit ein Umdenken eines Teiles der politischen Elite und eine Annäherung zwischen deren liberalen Vertretern und Teilen der Gesellschaft bewirkten.

Der Protest der orthodoxen Kommunisten kam indes einerseits in dem härteren Durchgreifen der Sicherheitsorgane in Beziehung zu den gesellschaftlichen Initiativen ab Ende 1988 und andererseits in einem parteiinternen Streit über die Vereinbarkeit der allgemeinmenschlichen Werte mit den ideologischen Maximen des Marxismus-Leninismus zum Vorschein. So war die Jahreswende 1988/1989 durch mehrere Demokratisierungsrückschläge gekennzeichnet. Nach dem Erlass der erwähnten und höchst umstrittenen Dekrete über „das Verfahren der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzügen und Demonstrationen in der UdSSR“ und „Über die Pflichten und Rechte der inneren Truppen des Innenministeriums der UdSSR bei der Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung“ häufte sich das gewaltsame Vorgehen gegen Kundgebungen. Die „Memorial“-Aktivisten und „Gedenken“-Anhänger wurden zwar nicht verfolgt; die DU, die Redakteure der unabhängigen Presseorgane *Glasnost* und *Èkspress-Chronika* versuchte man hingegen zeitweilig mit Gewalt und strengen Urteilen einzuschüchtern. Nach den gewaltsamen Demonstrationsauflösungen verhängte man z. B. gegen deren Teilnehmer hohe Geldstrafen oder Arreste bis zu 15 Tagen wegen Rowdytums, Widerstands gegen die Miliz, Verteilung anti-sowjetischer Flugblätter und für die Veranstaltung nicht genehmigter Meetings. „Jeder Gang zum Meeting bedeutete Arrest. Jeder Arrest durch die Truppen des Innenministeriums bedeutete für mich und für die Aktivisten der ‚Demokratischen Union‘ 15 Tage und Nächte [...]. Sie fällten rund um die Uhr Urteile über uns“, erinnert sich Novodvorskaja.<sup>694</sup>

Da diese Methoden jedoch dem internationalen Ansehen der UdSSR massiv schaden, wurden sie zu keiner Zeit wirklich konsequent angewandt, sondern abhängig von der Situation mit verdeckten und administrativen Gegenmaßnahmen verknüpft, die in der Regel sogar dominierten. So wurde das Moskauer Diskussionsviertel *Arbat* wegen der „Lärmbelästigung der Anlieger“ „gereinigt“, die Führer der informellen Gruppen wurden vor geplanten Veranstaltungen öfters festgenommen, unter Hausarrest gestellt und in der Presse diskreditiert.<sup>695</sup> Insgesamt blieb das Vorgehen des Machtapparates in Großstädten und insbesondere in Moskau gegen die unerwünschten Gesellschaftsgruppen vergleichsweise gemäßigt. Vjačeslav Igrunov schrieb:

„Sicherlich wurden die Menschen in Moskau nicht mit Hunden gehetzt, wie die Informellen aus Lwow, hier wandte man auch kein Tränengas wie in Minsk und Vil’njus an, es gab keine Panzer

<sup>693</sup> Dazu siehe das folgende Kapitel.

<sup>694</sup> Novodvorskaja, *Po tu storonu*, S. 155.

<sup>695</sup> Roth, *Glasnost*, S. 311; vgl. auch zahlreiche andere, in der hier vorliegenden Arbeit bereits dokumentierte Beispiele; so etwa in den Kapiteln 1.4 oder 2.4.

wie in Baku und Menschen kamen nicht ums Leben wie im Flughafen Svartnoc (Erevan). In Moskau gab es jedoch auch nicht die Freiheit, die die Litauer und Esten Ende des Jahres [1988] zu spüren bekamen.“<sup>696</sup>

Die hier angesprochenen Ereignisse, etwa in Svartnoc (Armenien) am 5. Juli 1988, in Minsk (Belarus) am 30. Oktober 1988 oder in Tiflis (Georgien) am 9. April 1989, bei denen gegen friedliche Demonstranten schwer bewaffnete, dem Innenministerium unterstellte Sondertruppen eingesetzt wurden und bei denen Kundgebungsteilnehmer ums Leben kamen, stellten die schwersten Angriffe der Reformgegner dar.<sup>697</sup> Obwohl Gorbačev jede Verantwortung von sich wies, fügte jede Machtdemonstration des Staates seinem Image einen enormen Schaden zu und nährte die antiparteilichen und antikommunistischen Stimmungen in der Sowjetgesellschaft,<sup>698</sup> während die Suche nach Schuldigen weiterhin die Partei polarisierte, wie es vor allem die Debatten im Volksdeputiertenkongress über die „Tragödie von Tiflis“ dokumentieren.<sup>699</sup>

Wie noch weiter in dieser Arbeit gezeigt wird, kam die Opposition der reaktionären Kräfte auch in deren Bemühungen zum Ausdruck, die Verabschiedung demokratischer Gesetze zu verhindern. Gleichzeitig wurde versucht, die neu gewonnenen Freiheiten der Gesellschaft mit weiteren Verwaltungsakten einzuschränken. Doch waren beide Methoden nicht zuletzt aufgrund des intensivierten KSZE-Prozesses nur beschränkt möglich bzw. nur bedingt erfolgreich. Dies zeigt auch der gescheiterte Versuch des Verteidigungs- und des Innenministeriums zusammen mit dem offiziellen Rat der Journalisten vom Januar 1989, die freie Berichterstattung über Massenproteste durch eine neue Regelung einzuschränken. Diese sah eine Zugangsberechtigung für Journalisten zu den Demonstrationen vor, die sie nur vom Innenministerium hätten erhalten können. Da die neuen Bestimmungen des abschließenden Dokuments des KSZE-Treffens in Wien der Verabschiedung dieser Regelung zuvorkamen und ganz im Gegenteil die Rechte der

<sup>696</sup> Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 97.

<sup>697</sup> Bei den Ereignissen auf dem Flughafen Svartnoc nahe Erevan handelte es sich um eine friedliche Demonstration der Armenier, deren Teilnehmer u. a. den Anschluss des Berg-Karabach-Gebietes an Armenien, Glasnost in der Presse über die Ereignisse um das Krisengebiet Berg-Karabach, die Freilassung der verhafteten Mitglieder des Karabach-Komitees forderten, und die ohne Vorwarnung von den bewaffneten Truppen brutal aufgelöst wurde. In Minsk wurde ein Demonstrationszug mit 10 000 Teilnehmern, Anhängern der informellen Gruppen „die Hiesigen“ sowie „Martyrolog“ (der „Memorial“ in Russland vergleichbaren Organisation), von bewaffneter Miliz und Soldaten mit Tränengas und Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Mit noch größerer Brutalität (vom Gebrauch vom Spaten als Schlagwaffen gegen Minderjährige und Alte wurde berichtet) wurde eine Demonstration von ca. 100 000 Georgiern am 9. 4. 1989 in Tiflis durch die Truppen des Innenministeriums und der Streitkräfte aufgelöst, deren Teilnehmer hauptsächlich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Abchasiens (Teil Georgiens) sowie für mehr politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Georgiens vom Zentrum demonstrierten. Vgl. Altrichter, Russland, S. 186ff.; *Vesti iz SSSR* 1988: 13-1, 19/20-8; 1989: 7/8-1; *Panorama* Nr. 4, 1989; Budinas, Evgenij: Ternii pravdy, in: *Vek XX i mir*, Nr. 8, 1989, S. 26-31.

<sup>698</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 53.

<sup>699</sup> Dazu siehe Altrichter, Russland, S. 186-193.

Journalisten stärkten<sup>700</sup>, ist zu vermuten, dass die neue Verordnung deshalb nicht beschlossen werden konnte.<sup>701</sup>

Eine andere reaktionäre Maßnahme war den Reformgegnern hingegen im April 1989 kurzfristig gelungen. Am 8. April 1989 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ein Dekret, das den berüchtigten Artikel 70 aus dem StGB der RSFSR tilgte, an seiner Stelle jedoch einen neuen Tatbestand, „Aufrufe zum Sturz oder zur Änderung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung“, mit folgendem Wortlaut einfügte:

„Öffentliche Aufrufe zum Sturz der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung oder zu ihrer Änderung in einer der UdSSR-Verfassung widersprechenden Weise oder zur Verhinderung der Erfüllung der Sowjetgesetze, um das politische oder ökonomische System der UdSSR zu untergraben, ebenso die Herstellung mit dem Ziel der Verbreitung von Materialien solchen Inhalts werden mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 2000 Rubeln bestraft.“<sup>702</sup>

Das Strafmaß wurde zwar abgemildert, dafür aber durch den Artikel 11 (1) ergänzt, der wiederum Strafverfolgung wegen „Verunglimpfung des Staates“ in einem erweiterten Sinne vorsah:

„Öffentliche Beleidigungen oder die Diskreditierung der höchsten Organe der Staatsmacht oder der Verwaltung der UdSSR, anderer Staatsorgane, die vom Kongreß der Volksdeputierten oder vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigt wurden sowie (die) von gesellschaftlichen Organisationen oder ihrer Unionsorgane, die nach gesetzlich bestimmten Verfahren gebildet sind und entsprechend der Verfassung der UdSSR wirken, werden mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder mit 2000 Rubeln Geldstrafe bestraft.“<sup>703</sup>

Dieser Artikel ersetzte den früheren Artikel 190 (1) des StGBs der RSFSR, bedeutete aber im Grunde eine Verschärfung des Strafrechts. So definierte er nicht weiter, was unter dem Wort „Diskreditierung“ verstanden wurde und öffnete damit der Kriminalisierung für jede kritische Bemerkung über die Repräsentanten des Systems, die Deputierten des neu gewählten Volksdeputiertenkongresses und natürlich über die Partei selbst Tür und Tor. Dies behinderte nicht nur die Pressefreiheit, sondern bedrohte auch die „politische Entfaltungsfreiheit“<sup>704</sup> der Abgeordneten des neu gewählten Volksdeputiertenkongresses und löste einen Sturm

<sup>700</sup> Siehe den Bereich der „Information“ im Korb III, hier insbesondere Punkt 34 und 40 des Dokuments, (<http://www.osce.org/de/mc/40883>), wo sich die Sowjetunion u. a. verpflichtet hat „sich weiterhin darum [zu] bemühen, die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern, zur Zusammenarbeit im Bereich der Information zu ermutigen und die Arbeitsbedingungen für Journalisten zu verbessern“ sowie zu gewährleisten „daß es Journalisten, darunter auch denjenigen, die Medien anderer Teilnehmerstaaten vertreten, bei der Ausübung dieser Tätigkeit freisteht, Zugang zu öffentlichen und privaten Informationsquellen zu suchen und mit diesen Kontakt zu pflegen, sowie daß ihr Bedürfnis nach Wahrung des Berufsgeheimnisses geachtet wird“.

<sup>701</sup> Ljubarskij erklärt zwar die ausgebliebene Umsetzung dieser Regelung mit der KSZE, dieser Zusammenhang konnte jedoch nicht mit den Regierungsakten bestätigt werden. *Vesti iz SSSR* 1989: 4-48.

<sup>702</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 61 f.; vgl. auch VVS RSFSR, Nr. 15, Art. 106; Nr. 16, 1989, Art. 397.

<sup>703</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 62.

<sup>704</sup> Ebd., S. 63.

von Kritik nicht nur in der sowjetischen Öffentlichkeit, sondern auch seitens der westlichen Gemeinschaft aus, die die sowjetische Delegation auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien damit konfrontierte.<sup>705</sup> Der neue Paragraph wurde auf dem ersten Volksdeputiertenkongress scharf kritisiert und schließlich ersatzlos gestrichen.<sup>706</sup> Diese Episode demonstriert einerseits die hohe Empfänglichkeit für Kritik, das geschärfte Rechtsbewusstsein und den größeren Einfluss der neuen Legislativen, zeigt andererseits aber auch, dass die konservativen Kräfte über einen erheblichen Rückhalt im Parteiapparat verfügten. Nach Darstellung von Jurij Rešetov, des damaligen Leiters der Hauptabteilung für internationale humanitäre Kooperation und Menschenrechte im MID, enthielt der ursprüngliche Entwurf des novellierten Strafgesetzbuches und der einschlägigen Verordnung den Artikel 11 (1) nicht. Er wurde erst in der Nachbearbeitung eingefügt und mehrheitlich im Politbüro beschlossen, als Michail Gorbachev und Édouard Ševardnadze sich in London aufhielten. Gorbachev habe den neuen Entwurf widerwillig akzeptieren müssen.<sup>707</sup>

Während die beschriebenen Rückschläge bei der Demokratisierung eher Beispiele für verborgene Angriffe der Reaktion liefern, stellte der im Sommer 1988 entbrannte parteiinterne Streit über die Vereinbarkeit der allgemeinmenschlichen Werte mit den ideologischen Maximen des Marxismus-Leninismus eine offene Spaltung innerhalb der Partei dar. Ausgelöst wurde dieser vom Auftritt Édouard Ševardnadzes im MID im Juli 1988. In seiner Rede über die Prioritäten der sowjetischen Außenpolitik hielt der sowjetische Außenminister gegen die Sicht der friedlichen Koexistenz als eine „spezifische Form des Klassenkampfes“ und rekurrierte dabei auf den Vorrang der Menschheitsinteressen vor den Klasseninteressen. Die Kategorie des „sozialistischen Weltsystems“ wurde von ihm weitgehend aufgegeben. Er führte aus, dass die internationalen Beziehungen nicht mehr mit dem Klassenkampf gleichzusetzen seien und dass der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht mehr zeitgemäß sei. Entsprechend sekundär erschien nun auch die traditionelle Zielsetzung, die kapitalistischen Staaten von außen zu revolutionieren.<sup>708</sup> Ševardnadzes Auftritt löste eine Debatte darüber aus, ob der Klassenkampf noch von großer Bedeutung für den sozialistischen Staat sei und dessen Dogmen ohne weiteres mit dem „Neuen Denken“ sowie den allgemeinmenschlichen Werten kompatibel seien.<sup>709</sup> Egor Ligačev reagierte Anfang August 1988 darauf und warnte davor, das Klassenverständnis der interna-

<sup>705</sup> Ebd.; Zagorski, Moskau, S. 55.

<sup>706</sup> *Pervyj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 25 maja – 9 ijunja 1989 g., stenografičeskij otčet*, 6 Bde., Moskau 1989, hierzu siehe: Bde.: 1–3. Bemerkenswerterweise hatte es bei der Abstimmung über die Streichung des Art. 11 (1) lediglich 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen gegeben, vgl. Bd. 3, S. 324.

<sup>707</sup> Siehe Zagorski, Moskau, S. 55, Anmerkung 11.

<sup>708</sup> Text: Doklad Ė.A. Ševardnadze, in: *Vestnik*, Nr. 15, 1988, S. 27–46; vgl. Erinnerungen von Ševardnadze zu dieser Episode: Ševardnadze, *Kogda ruchnul*, S. 85, 113.

<sup>709</sup> Siehe z. B.: MN vom 21. 8. 1988, S. 6.

tionalen Beziehungen bzw. die Staatsideologie aufzugeben.<sup>710</sup> Seine Kritik richtete sich gegen die Entideologisierung der internationalen Beziehungen und der Menschenrechte, machte Front gegen Gorbačevs Reformen und gegen dessen sowie Ševardnadzes Außenpolitik.

Gorbačev nahm zwar die internen Widerstände in den Dienst seines betont zentristischen Kurses,<sup>711</sup> bezog aber zum Ende des Jahres 1988 eine klare Position. In seiner zu internationalen Schlagzeilen gewordenen Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. Dezember, die sich nicht nur an die internationale Öffentlichkeit,<sup>712</sup> sondern auch an die eigene konservative Parteienomenklatura richtete, verkündete er die Priorität der allgemeinemenschlichen Werte in der Weltpolitik und erklärte die „Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen“ zu einem Gebot der zusammenwachsenden Welt und gab die Richtung seines weiteren Reformwerkes bekannt. Völkerrechtliche Menschenrechtsverpflichtungen wurden von Gorbačev als Maßstab der nationalen Grundrechtsverhältnisse anerkannt, auf deren Basis er nun, wie von den USA und anderen westlichen KSZE-Staaten erwartet,<sup>713</sup> die Fortsetzung des radikalen Reformkurses in der Sowjetunion, die Gewährleistung der Menschenrechte durch neue Gesetze ankündigte und dabei um die Unterstützung vonseiten der westlichen Welt warb. Zwar waren die Hauptelemente dieser Rede nicht neu,<sup>714</sup> mit ihrer Proklamation vor der Weltöffentlichkeit demonstrierte Gorbačev aber seine Entschlossenheit, eine neue Etappe der auf Kooperation und Solidarität basierenden internationalen Beziehungen anzutreten und den angefangenen innenpolitischen Reformkurs auf Basis der KSZE-Normen und Werte fortzusetzen.<sup>715</sup> In New York versprach er eine baldige Übereinstimmung der sowjetischen Gesetzgebung mit den KSZE-Verpflichtungen und kündigte die Ausarbeitung neuer Gesetze über die Gewissens-, Meinungs-, Vereinigungs- und Reisefreiheiten, die Revision des Strafgesetzbuches und die Beseitigung der verbliebenen Störungen der westlichen Radiosender an.<sup>716</sup>

Gorbačevs Worte zogen Konsequenzen nach sich. Unmittelbar nach dieser Rede fiel in Washington die Entscheidung, die Verhandlungen der KSZE-Konferenz in Wien zu einem erfolgreichen Ende zu bringen und Moskau als Ort des

<sup>710</sup> Text in: SR vom 6. 8. 1988, S. 1–2. Der Streit über das Verhältnis zwischen den allgemeinemenschlichen Werten und Klasseninteressen entbrannte bereits bei der Diskussion der Thesen zu der XIX. Parteikonferenz im Politbüro, in der Ligačev gegen eine erwähnte Bevorzugung der Menschenrechte auftrat und sich zunächst durchsetzen konnte. Grachev, Gorbachev's Gamble, S. 165.

<sup>711</sup> So Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 175ff.

<sup>712</sup> Grachev, Gorbachev's Gamble, S. 163–168; vgl. Teil II, Kapitel 2.3 der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>713</sup> Vgl. Teil II, Kapitel 2.3 der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>714</sup> Ein Jahr zuvor wurden sie in einem Artikel aus Anlass der 42. Vollversammlung der Vereinten Nationen in der *Pravda* vom 17. 9. 1987 bereits formuliert und auf der XIX. Parteikonferenz wiederholt. Vgl. Teil II, Kapitel 2.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>715</sup> Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 2, S. 132.

<sup>716</sup> Text der Rede: *Vystuplenie v organizacii ob"edenennyh nacij*, 7. 12. 1988, in: Gorbačev, *Izbrannye reči*, Bd. 7, S. 184–202.

zukünftigen Expertentreffens über die menschliche Dimension prinzipiell zu akzeptieren.<sup>717</sup> In der Sowjetunion wurde unterdessen ein Ausbruch der bisherigen Perestroika aus dem Rahmen des Marxismus-Leninismus gewagt. Über die praktische Umsetzung der verkündeten Ideen gab Ševardnadze am 13. Dezember im MID eine Einweisung.<sup>718</sup> In seinem Vortrag hob er hervor, dass es sich um einen „kritischen Charakter der gegenwärtigen Etappe der Geschichte“ handle, in dem die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte als Basis des zukünftigen Fortschritts für die internationale Politik bestimmend sein werde. Deswegen sei es notwendig, eine *moderne* Interpretation des Begriffs „allgemeinmenschliche Werte“ wissenschaftlich auszuarbeiten.

Erfolgte die Revision der sozialistischen Menschenrechtskonzeption bisher spontan als Ergebnis der Interaktion solcher Akteure wie der Burlackij-Kommission, den transnationalen Helsinki-Netzwerken und den unabhängigen Menschenrechtsgruppen sowie der selbstkritischen Reflexion über die eigene Vergangenheit, so wurde jetzt eine bewusste Umwertung der bisher geltenden Menschenrechtsphilosophie zur unmittelbaren Aufgabe des Staates erklärt. Das Mitglied der „Kommission für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte“ beim „Sowjetischen Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, Ernest Ametistov, formulierte aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration die folgenden drei wichtigsten Aufgaben der Sowjetunion in diesem Bereich: Als erste und schwierigste nannte er die Notwendigkeit, die bisherige Philosophie der Menschenrechte so zu ändern, dass die Persönlichkeit, ihre Rechte und Freiheiten, die höchste Wertschätzung, einen universellen Charakter erlangen könnten. Dieses Ziel stand in einem scharfen Gegensatz zu der über Jahrzehnte gültigen sozialistischen Menschenrechtsauffassung. Aus diesem Vorsatz wurde die zweite Aufgabe der Perestroika abgeleitet – die eigenen Rechtsnormen und Verfahrensweisen mit den internationalen Verpflichtungen in Übereinstimmung zu bringen. Es sei notwendig, sich darüber bewusst zu werden, erklärte Ametistov, dass „eine Entsprechung der sowjetischen Gesetzgebung dem Prinzip des absoluten, bedingungslosen Rechts des Bürgers direkt aus unseren internationalen Verpflichtungen resultiert“.<sup>719</sup> Die Entwicklung des effektiven rechtlichen Schutzes der Bürger mit „maximaler Nutzung“ der Erfahrungen der anderen Welt sowie die Möglichkeit der individuellen Einklage von Menschenrechtsverletzungen vor einer internationalen Instanz wurde von ihm als die dritte Aufgabe genannt. Mit diesem Artikel wurden die völkerrechtlichen Normen und internationale Vereinbarungen als positive Herausforderungen verstanden und als Standards juristisch verpflichtend für die eigene Gesetzgebung anerkannt.<sup>720</sup>

<sup>717</sup> Vgl. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 173 ff.; Teil IV, Kapitel 1 der vorliegenden Studie.

<sup>718</sup> Gekürzter Text des Auftritts: O praktičeskich zadačach ministerstva inostrannyh del po realizacii idej i položienij, soderžaščichsja v vystuplenii M.S. Gorbačeva v OON 7 dekabnja 1988 g., 13. 12. 1988, in: *Vestnik*, Nr. 23, 1988, S. ii–vii.

<sup>719</sup> MN vom 11. 12. 1988, S. 5.

<sup>720</sup> Ebd.

Obwohl in den offiziellen Verlautbarungen zeitgleich noch Kontinuitäten zur bisherigen sozialistischen Grundrechtstheorie weiterhin herausgestellt wurden, hatte ihre revidierte Form kaum noch etwas mit den ursprünglichen Postulaten des Marxismus-Leninismus gemeinsam. Dass die westlich-liberalen Werte, die Gorbatschow neutral als „allgemeinmenschliche“ zu bezeichnen pflegte, zum Ende des Jahres 1988 eine ganz andere Bedeutung erlangten, demonstrierten die unionsweiten Feierlichkeiten, die zum ersten Mal aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration begangen wurden, sowie die erstmalige Publikation des Textes der Deklaration in den führenden Zeitungen.<sup>721</sup> Die internationalen Standards und damit die Bestimmungen der KSZE-Schlussakte wurden von „ganz oben“ als die „allgemeinmenschlichen“ anerkannt und in ihrer Gewichtung aufgewertet. Ihre Gültigkeit wurde offiziell nicht nur nicht mehr hinterfragt, sie rückten sogar als Zitiergrundlage der Reformer in den Vordergrund innerparteilicher Debatten um den weiteren politischen Kurs der Union. Damit zeichnete sich der Bedeutungswandel des KSZE-Prozesses für die Parteiführung ab – die multilaterale Diplomatie entwickelte sich zur externen Absicherung der innenpolitischen Reformen. Als dessen Bestätigung ist die zur gleichen Zeit erfolgte Preisgabe sowjetischer Positionen im Abschließenden Dokument des Treffens in Wien zu bewerten.<sup>722</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der in diesem Kapitel skizzierte Wandel in seiner Bedeutung einschneidend war. Das diskursive Feld des Politischen löste sich von den ideologischen Rahmungen und erfuhr eine beachtliche Dynamisierung und Radikalisierung. Mit ihm änderten sich die politischen Akteure und Adressaten der sowjetischen Politik. Ein Teil des Parteiapparates (vor allem MID, Burlackij-Kommission) entwickelte sich zu den „Liberalen“ bzw. „Reformern“, die in einer unsichtbaren Allianz mit den gesellschaftlichen Gruppen für eine weitere Liberalisierung jenseits ideologischer Schranken mit den internationalen Vereinbarungen argumentierten und den Westen dabei nicht mehr als Feind, sondern zunehmend als Partner empfanden. Die dargestellten Wandlungsprozesse hatten aber auch eine Schattenseite: Mit den öffentlichen Eingeständnissen der begangenen Verbrechen verlor der Parteistaat und seine Ideologie an Zustimmung in der eigenen Bevölkerung, welche der Regierung umso weniger vertraute, je mehr sich die ökonomische Situation verschlechterte.<sup>723</sup> Die halbherzigen politischen Reformen, mit denen Gorbatschow glaubte, die konservativen mit den liberalen Positionen in einem zentristischen Kurs zu vereinbaren, konnten die Legitimationskrise der KPdSU nicht abwenden. Stattdessen offenbarten sie den Verlust der Werte und die Machtlosigkeit der Partei im Land, sie radikalisierten weiterhin gesellschaftliche Forderungen und vertieften die Gräben zwischen den reformorientierten und den konservativen Kräften.

<sup>721</sup> Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 155, Anmerkung 5.

<sup>722</sup> Vgl. Teil IV, Kapitel 1 der vorliegenden Studie.

<sup>723</sup> Vgl. ausführlich: Altrichter, *Russland*, Kapitel III.